

## Protokoll

Sitzung Nr. 7  
 Datum **Mittwoch, 14. Oktober 2015**  
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 22.15 Uhr

Vorsitz	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
1. Vizepräsidentin	Bähler Peter	SVP 1
StimmzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Tschumi Samuel	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus Gerber Rudolf Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Steiner Philip Zangger-Schöni Patricia	SP 6
	Aebi-Lehmann Elisabeth Aebi Valentine Bolliger Stephan Bucheli Marco Burren Markus Guggisberg Roland Kobel Matthias Mosimann Bruno Pfister-Aebersold Marianne	SVP 9
	Hadorn Karin Hadorn Markus Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 3
	Bacher Markus George Ralph Heimann Patrick Magnani Patric Remund Marcel Thomann Lemann Johanna	FDP 6
	Ackermann Thomas Mellert Denise	CVP 2
	Stucki Roland Walker Karin	EVP 2

	Jenni Jürg Kofel Peter ( <i>ab 19.35h</i> ) Lastric Dubravka Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 5
	Oesch Toni	FdU 1
		<hr/> <u>38</u>
Abwesend	Köchli Martin	BDP 1
	Fust Michael	SP 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Jörg Kurt Traber Peter	
Abwesend	Westphale Edi	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland ( <i>Beisitz Stefan Sutter</i> )	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Beigezogen	Portner David	
Anzahl Zuhörende	1	
Anzahl Medien	2	

---

## Geschäfte

51	Pro Protokoll Protokoll vom 16. September 2015 .....	163
52	1.7.2 Politikplan Politikplan 2016 bis 2020 .....	163
53	1.601. Budget / Voranschlag Budget 2016 .....	168
54	1.201.7 Geschäftsprüfungskommission Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl .....	182
55	25.321. Verpflichtungskredite Sanierung Klassenzimmer Zentralschulhaus; Abrechnung Verpflichtungskredit .....	182
56	25.321. Verpflichtungskredite Ersatzbeschaffung Gemeindefahrzeug Mercedes Unimog; Verpflichtungskredit .....	183
57	1.92.1 Motionen Überparteiliche Motion SP/FDP betreffend "Zusätzliche Kita-Plätze in Zollikofen"; Erheblicherklärung .....	188
58	1.92. Parlamentarische Vorstösse Parlamentarische Vorstösse .....	190

GROSSER GEMEINDERAT  
Die Präsidentin            Der Sekretär

Die Protokollführerin

---

## Verhandlungen

Präsidentin: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter und lieber Gast (*Anm. d Protokollführerin: es befindet sich ein Zuschauer im Saal*). Ich begrüsse Sie zur Oktober-Sitzung des Grossen Gemeinderates. David Portner ist für das Geschäft 53 hier. Zudem begrüssen wir hier oben auf der Tribüne auch Stefan Sutter, zukünftiger Gemeindeschreiber.

Entschuldigt haben sich vom GGR Martin Köchli und Michael Fust. Vom Gemeinderat ist es Edi Westphale.

Ich stelle fest, dass 37 Volksvertreterinnen und -vertreter anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

---

## Mitteilungen der Präsidentin

Präsidentin:

Auf dem Pult liegt ein Flyer des Politforums Thun sowie eine Einladung von Johanna Thomann zu einem Theaterstück. Vor ein paar Wochen haben Sie per Mail eine Konsultativumfrage erhalten, zum Thema "verbalix". Leider hatten noch nicht alle Zeit, diese auszufüllen. Damit wir eine möglichst breit abgestützte Meinung bekommen, bitten wir Sie, dies nachzuholen. Nach der Sitzung hätte ich gerne das Ratsbüro vorne versammelt.

---

## Mitteilungen der GPK

Präsidentin: Gibt es Mitteilungen der GPK?

Johanna Thomann, GPK: Keine.

---

## Mitteilungen des Gemeinderates

Präsidentin: Gibt es Mitteilungen aus dem Gemeinderat?

Gemeinderat: Keine.

Präsidentin: Wir kommen zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist Ihnen zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungs-

wunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.**

---

51 Pro Protokoll

**Protokoll vom 16. September 2015**

Präsidentin: Wird das Wort verlangt?

Johanna Thomann, GPK: Wir beziehen uns auf die protokollierte Aussage ab Seite 155 von Hans-Jörg Rhyn. Die GPK wünscht, dass das Abstimmungsprozedere geklärt wird. Wie sollen die Mehr- und die Minderheit jeweils erfasst werden?

Präsidentin: Gibt es weitere Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 16. September 2015 als genehmigt.**

*(Peter Kofel erscheint.)*

---

52 1.7.2 Politikplan

**Politikplan 2016 bis 2020**

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde den Fraktionen sowie den Ratsmitgliedern offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Zuerst zum Allgemeinen: Die GPK hat das Wort.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich werde ein paar Erläuterungen zum Politikplan machen. Ich werde nicht mehr auf das HRM2 eingehen, hierzu gab es einen Einführungsabend. Selbstverständlich stehen wir aber für weitere Fragen zur Verfügung, David Portner ist deswegen hier.

Die neuen Finanzhaushaltvorschriften fanden ihren Niederschlag in diesem Finanz- und Investitionsplan. Aber ein Franken ist immer noch ein Franken, ob mit HRM1 oder HRM2. Der Finanz- und Investitionsplan basiert auf denselben Zahlen und mit gleichbleibender Steueranlage während der ganzen Zeitdauer ohne Erhöhungen. Ich komme später darauf zurück, wieso das so gemacht wurde und das Eigenkapital hier trotzdem sinkt.

Wir haben über die gesamte Planperiode ein Defizit in der Planung, durchschnittlich 1,4 Mio. Franken. Wir müssen in diesem Jahr noch festlegen, über welchen Zeitraum das altrechtliche Verwaltungsvermögen von ungefähr 18 Mio. Franken abgeschrieben werden muss. Wir müssen die Abschreibungsdauer festlegen und zwar mit diesem Budget und dies einmalig für die ganze Zeit in der das abgeschrieben werden muss. Wir können später im Vollzug keine Änderungen machen.

Der Gemeinderat schlägt Ihnen vor, das Verwaltungsvermögen von 18 Mio. Franken auf zehn Jahre abzuschreiben, damit man diesen Betrag zu stemmen vermag. Damit man die Grössenordnung von 18 Mio. Franken Verwaltungsvermögen erreicht, muss man 2015 eine einmalige Abschreibung von 5 Mio. Franken zu Lasten des Eigenkapitals machen. Deshalb

auch das rapide Abnehmen des Eigenkapitals. Weil die Entwicklung während der ganzen Planperiode defizitär ist, kommen wir eher tief herunter beim Eigenkapital.

Wieso wird hier nicht von einer Anpassung auf der Einnahmeseite gesprochen? Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass er das vertreten kann. Dies, weil wir in dieser Planperiode das Betagtenheim verkaufen werden. Wenn das Prozedere "Schäfferei" nicht allzu lange geht, wird es auch dort Einnahmen geben, so dass wir das Eigenkapital wieder aufstocken können. Wir haben dies aber absichtlich nicht in der Planung berücksichtigt. Weil wir nicht wissen, wieviel Geld reinkommt und auch nicht, wann dies alles verkauft wird. Es ist aber der Grund, weshalb wir einnahmeseitig die Planperiode nicht bearbeitet haben, um Steuererhöhungen oder sonstige Einnahmequellen aufzuzeigen.

Der Selbstfinanzierungsgrad wird dadurch nicht besser, die Rechnungsergebnisse sind defizitär, das Eigenkapital geht auf Fr. 2 Mio. runter, wir haben aber ausgeführt, weshalb wir das verantworten können.

Der Gemeinderat hat im Finanzleitbild einen Wert von zwischen 5 und 10 Steueranlagezehnteln an Eigenkapital festgelegt und dies halten wir ein. Aber eben mit der Aussicht, ausserordentliche Einnahmen generieren zu können und so das Eigenkapital wieder aufstocken können.

Den Investitionsplan hat der Gemeinderat überarbeitet, dort wurde nichts herausgeschoben, was zu Ungunsten der nachfolgenden Generationen sein könnte. Wir haben alle Anlagen, Strassen, Schulhäuser, die unterhalten werden müssen, in gewohnten Rahmen eingebunden und berücksichtigt. Hier sollte es keine Überraschungen geben, insofern dies zum heutigen Zeitpunkt überhaupt vorausgesehen werden kann.

Warum schreiben wir das Verwaltungsvermögen nicht innert 16 Jahren ab? Man kann es so hinauszögern. Unsere Finanzpolitik, die man sicher nicht als schlecht bezeichnen kann, geht davon aus, dass wir diese 10 Jahre verkraften können. Länger abschreiben bringt nichts, je länger man es herausschiebt, desto mehr Unsicherheiten gibt es, weil niemand weiss, was die Zukunft bringt.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Voten der Fraktionen.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Die SP-Fraktion nimmt vom Politikplan, vom Finanz- und Investitionsplan des Gemeinderates Kenntnis. Dem Inhalt des Politikplanes und dem Umsetzungsprogramm stimmen wir ohne Bemerkungen zu.

Beim Finanz- und Investitionsplan sind wir mit der vorsichtigen Beurteilung des wirtschaftlichen Umfeldes durch den Gemeinderat einverstanden. Die finanzpolitischen Perspektiven sind zurzeit nicht gut. Wir teilen aber die Auffassung, dass das vorhandene Eigenkapital es erlaubt, für eine gewisse Zeit die geplanten Defizite aufzufangen, auch wenn die gesetzlich vorgeschriebene Abschreibung des Verwaltungsvermögens die Erfolgsrechnungen in den nächsten 10 Jahren noch zusätzlich mit ca. 1,6 Mio. Franken belasten wird.

Eine Abschreibungsdauer von 12 Jahren hätte die Belastung leicht vermindert und der Gemeinde in den kommenden Budgets etwas mehr Spielraum verschafft. Aber wir können verstehen, dass der Gemeinderat der kürzeren Dauer von 10 Jahren den Vorzug gibt. Er will die Belastung so rasch als möglich weg haben.

Wir können dem zustimmen, wenn heute Abend beschlossen wird, dass in der laufenden Jahresrechnung eine Abschreibung vom Verwaltungsvermögen in der Höhe von 5 Mio. Franken vorgenommen wird. So wie das der Gemeinderat beim nächsten Traktandum vorschlägt. Das ergibt für die Zukunft eine Entlastung von jährlich einer halben Million und ist als einmalige Massnahme im laufenden Jahr verkraftbar. Besondere Situationen erfordern un-

konventionelle Massnahmen. Wir danken dem Gemeinderat und dem Finanzverwalter für die Entwicklung dieser Idee und unterstützen sie.

Im Übrigen ist klar, dass die geplanten Defizite und der Trend zur Neuverschuldung auch uns nicht gefallen hat und auch wir darum künftig einen haushälterischen Umgang mit den finanziellen Mitteln der Gemeinde erwarten.

Wie bereits gesagt, wir nehmen vom Politikplan, Finanz- und Investitionsplan zustimmend Kenntnis.

Markus Bacher, FDP: Die FDP nimmt ebenfalls Kenntnis. Es hat Themen, die wir beim Budget ansprechen werden. Der Politikplan, Finanz- und Investitionsplan ist für uns mitsamt Abschreibungsdauer und den vorhandenen Vorschlägen in Ordnung.

Bruno Vanoni, GFL: Ich mache es umgekehrt, ich rede nicht zu den Zahlen, zu denen kommen wir später beim Budget. Ich möchte zu ein paar Punkten im Politikplan etwas sagen. Zum neuen Lösungsansatz 3.7 (Seite 14, oben) "Amphibienwanderung schützen" haben wir uns etwas gewundert, dass im Tätigkeitsprogramm 2016 von der Umsiedlung der Amphibien in den Ersatzweiher im Buchsiwald die Rede ist. Über die Idee mit diesem Ersatzweiher ist ja anlässlich der Grenzbegehung mit dem GGR Buchsi informiert worden. Jetzt haben wir auf Rückfrage erfahren, dass der Gemeinderat dafür im letzten Juni einen Kredit bewilligt hat. Der Natur- und Vogelschutzverein Münchenbuchsee und Umgebung hat in seinem Mitteilungsblatt auch schon darüber berichtet. Wir möchten den Gemeinderat bitten, darüber auch hier zu berichten und allenfalls auch zu sagen, wann der Bau erfolgt.

Zum neuen Lösungsansatz 4.8 (Seite 15) "den Familientreff sichern": Wir sind froh, dass eine Delegation des Gemeinderates den Vereinsvorstand kontaktieren will, um eine Alternative zum aktuellen Standort Bernstrasse 90 zu suchen. Im Investitionsplan sind fürs Jahr 2018 Fr. 350'000.00 für den Abbruch der Liegenschaft Bernstrasse 90 eingestellt. Können wir davon ausgehen, dass angesichts dieser Summe der GGR das letzte Wort über den Abbruch der Liegenschaft bekommen wird?

Bei der Lektüre der verschiedenen Vorhaben im Tätigkeitsprogramm ist uns aufgefallen, dass immer wieder von Konzepten, Umsetzungsplänen, Analysen die Rede ist, also von Grundlagen, die wir nicht kennen oder jedenfalls nicht auf der Webseite zugänglich sind. Wir können uns deshalb nicht dazu äussern.

In einem Fall sind die Unterlagen aber zugänglich: Es geht um den unter Punkt 3.5.1.1 erwähnten „Generellen Beleuchtungsplan“, der vom Gemeinderat im Juni beschlossen worden ist. Wir haben festgestellt, dass hinter diesem 30-seitigen Papier aus dem Departement Tiefbau, Ver- und Entsorgung und dem zugehörigen 50-seitigen Massnahmenkatalog sehr viel Arbeit steckt. Und es sind sehr interessante Informationen zum Werterhalt und zur Modernisierung der öffentlichen Beleuchtung. Wir lesen darin, dass der Umstieg auf LED-Technik „auf weite Sicht“ erfolgen soll bzw. in 20-25 Jahren abgeschlossen sein soll. Wir haben Verständnis, dass die Umstellung auf LED nicht subito erfolgen kann. Aber ein bisschen schneller als ein Vierteljahrhundert sollte es unseres Erachtens schon gehen. Kann man doch die ausserordentlichen Erträge, die sich abzeichnen, zu einem kleinen Teil auch für eine beschleunigte Umrüstung auf LED einsetzen.

Damit bin ich wieder einmal beim Thema Energie angelangt. Gemäss Tätigkeitsprogramm, Punkt 3.2.1.1. könnte der Entscheid des Gemeinderates, ob Zollikofen weiterhin das Energiestadt-Goldlabel anstreben soll, erneut hinausgeschoben werden. Der Entscheid könnte erst 2016 fallen. Wenn der Entscheid noch nicht gefallen ist, gehen wir davon aus, dass die Arbeiten am Energierichtplan weiterhin im Hinblick auch auf dieses Ziel vorangetrieben werden. Wir erwarten für die angekündigte öffentliche Mitwirkung im November einen Energie-

richtplan, der sich nicht nur mit dem kantonal bereits vorgeschriebenen zufrieden gibt, sondern weiterhin die Ambitionen der Energiestadt Zollikofen hochhält.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Archiv, also zu den Lösungsansätzen, die nicht weiterverfolgt werden und deshalb aus dem Ideenspeicher ins Archiv verschoben worden sind: Auf Seite 17 wird, an vierter Stelle, erwähnt: "den Verein Begegnungszentrum unterstützen". Als Begründung fürs Fallenlassen dieser Idee wird erwähnt, der Verein sei nicht mehr aktiv. Wir möchten darauf hinweisen, dass Mitte September eine Vereinsversammlung einen Neustart beschlossen hat. Morgen Abend findet ein erster öffentlicher Anlass im Quadrat zusammen mit dem Forum dialog-gesundheit statt. Wir bitten den Gemeinderat angesichts dieses Neustarts, die Unterstützung des Vereins Begegnungszentrum wieder in den Ideenspeicher zurückzuverschieben.

Peter Bähler, SVP: Die SVP nimmt den Politikplan und den dazugehörigen Finanzplan und Investitionsplan zur Kenntnis und dankt dem Gemeinderat für das Ausarbeiten. Der Politikplan ist eine Fortschreibung der letztjährigen Planung auf den Grundlagen der Befragung 2012.

Die Amphibienwanderung wurde wegen der Überbauung Schäferei neu aufgenommen. Der Pilot "Busbetrieb Linie 41" läuft momentan gemäss Betreiber gut. Jetzt hoffen wir nur, dass die Linie die erforderliche Rentabilität erreicht und ins Angebot des Kantons aufgenommen wird.

Energiestadtlabel: Die Anforderungen für den Erhalt des Goldlabels steigen und steigen und haben hohe Kosten und wenig Nutzen. Mit den Anforderungen des Labels von 2005 wären heute fast alle Gemeinden "goldig", weil es die gesetzlichen Grundlagen bereits so verlangen. Die SVP begrüsst es, wenn der Gemeinderat diese Zielsetzung überdenkt. Die Energieziele der Gemeinde können auch im Energierichtplan definiert werden.

Der Finanzplan ist nach HRM2 aufgebaut. In den nächsten Jahren übersteigen die Aufwände regelmässig die Einnahmen. Diese Defizite in der Erfolgsrechnung sind durch das vorhandene Eigenkapital gedeckt. Doch auf die Dauer kann das nicht gut kommen. Einmal ist das Eigenkapital aufgebraucht. Dann sind schmerzliche Eingriffe nötig. Diese Situation muss der Gemeinderat in seiner Planung berücksichtigen und rechtzeitig entsprechende Korrekturen einleiten.

Hans-Jörg Rothenbühler, BDP: Auch die BDP dankt den Verfassern für die getane Arbeit und auch für die Einführung in HRM2. Wir werden Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Weitere Fraktionsmeldungen? Das ist nicht der Fall? Voten der Ratsmitglieder?

Thomas Ackermann, CVP: Auch die CVP nimmt den Politikplan sowie den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis. Dazu gehört auch die Abschreibung innert 10 Jahren, die für uns so in Ordnung ist aufgrund dem jetzigen Wissensstand. Ebenfalls danken wir den Verfassern für die guten Unterlagen. Wenn aber ein Thema wie die Amphibienwanderung in die neuen Lösungsansätze aufgenommen wird: Bis anhin dachte ich, dass in den Politikplan Themen aufgenommen werden, die der Bevölkerung das Wohnen angenehmer machen sollen. Ich sehe den Zusammenhang mit dem Thema "Amphibienwanderung schützen" hier nicht. Aber von mir aus kann es drinbleiben.

Toni Oesch, FdU: Ich habe keine allgemeinen Bemerkungen. Bei der Detailberatung werde ich mitmachen.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Will der Gemeinderat zu den Voten der allgemeinen Runde Stellung nehmen?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Ich möchte auf die Frage von Bruno Vanoni betreffend Ersatzweiher im Zusammenhang mit der Amphibienwanderung eine Antwort geben. Die Erstellung des Weiher ist in diesem Jahr vorgesehen. Die Beiträge von Dritten werden mehr als die Hälfte des Kredites ausmachen.

Zum zweiten Punkt, Energiestadt: Das Re-Audit Energiestadt hat am 18. September 2015 stattgefunden. Wir warten jetzt auf den Entscheid der Label-Kommission. Wie es schon im Verwaltungsbericht 2014 erwähnt worden ist, hat die Auswertung des jetzigen Energiestadt-Massnahmenkataloges ein sehr unbefriedigendes Resultat ergeben. Um das Gold-Label zu erhalten, müssen 75 % der möglichen Punkte erreicht werden. Das stellt eine sehr hohe Hürde dar. Der Gemeinderat wird über das Ziel Goldlabel beraten. Falls er dieses Ziel nicht bestätigen würde, kann sich die Gemeinde als einfache Energiestadt mit wirtschaftlich vertretbaren Massnahmen weiterentwickeln.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Zur Frage "Bernstrasse 90" von Bruno Vanoni: Es ist selbstverständlich in der normalen Finanzkompetenz und wird ein GGR-Geschäft, das abschliessend hier beraten wird.

Präsidentin: Wir kommen somit zur Detailberatung des Politikplanes. Wir sammeln entsprechende Voten aller Ratsmitglieder und anschliessend wird der Gemeinderat dazu Stellung nehmen.

Seiten 3 bis 10: Keine Bemerkung.

Beim Umsetzungsprogramm gehen wir nach den Leitsätzen:

Seiten 11 bis 15, Leitsatz 1 bis 5: Keine Bemerkungen.

Seiten 16 bis 24: Keine Wortmeldungen.

Präsidentin: Gibt es noch Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort hat der Gemeinderat.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan, den wir themenweise beraten. Auch hier gehen wir zuerst hindurch, danach hat der Gemeinderat Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Bemerkungen zu Seiten 1 bis 5, Bericht?

Toni Oesch, FdU: Seite 3, 9.2, Eigenkapital/Bilanzfehlbetrag. Im dritten Satz heisst es "...es wird jedoch festgehalten, dass die voraussichtliche Eigenkapitalhöhe für den Gemeinderat nicht zu den primären Zielgrössen für die Steuerung des Finanzhaushaltes gehört." Ich komme beim Budget darauf zurück. Ich bin mit dieser Zielsetzung nicht einverstanden.

Auf Seite 5, Punkt 11, Schlussfolgerungen: Im dritten und fünften Absatz wird das Betagtenheim erwähnt. Ich frage den Gemeinderat, ob das Land verkauft oder im Baurecht abgegeben wird? Wird das Betagtenheim abgerissen oder weiterverkauft? In welchem Zeitrahmen? Das hat alles Einfluss auf das Budget mit den grossen Verlusten, die wir haben. Mit den 5 Mio. Franken, die wir zusätzlich abschreiben, und den zehn Jahren Schnellabschreibung.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu den Seiten 6 bis 27: Keine Bemerkungen. Möchte der Gemeinderat Stellung nehmen?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich kann mich kurz halten. Da wir beim Betagtenheim in Verkaufsverhandlungen sind und die Verträge noch nicht abgeschlossen sind, kann ich mich dazu nicht äussern. Sobald aber die Vorverträge unterzeichnet sind, den GGR sofort informieren.

**Präsidentin: Ich stelle fest, dass Sie den Politikplan 2016 bis 2020 zur Kenntnis genommen haben.**

---

53 1.601. Budget / Voranschlag

### **Budget 2016**

Präsidentin: Wir kommen zum Geschäft 3, dem Budget 2016. Eintreten auf das Geschäft ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Auch hier zum Vorgehen. Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort zuerst für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und danach für die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend wird im Detail das gelbe Heft diskutiert. Danach nehmen wir das orange Dossier, "Produktedefinition/Produktbudget 2015, Sekundarstufe I" durch. Möchte sich die GPK äussern?

Peter Bähler, GPK: Die GPK dankt für das zusammengestellte Budget 2016 und die Erläuterungen. Wir danken dem Finanzverwalter David Portner und seinem Team für die grosse Arbeit. In diesem Jahr war es eine besondere Leistung, musste doch das Budget nach dem neuen Rechnungslegungsmodell HRM2 erstellt werden. Danke für die grossartige Arbeit bei der Umstellung auf HRM2.

Die GPK hat am letzten Samstagvormittag in Anwesenheit von Gemeinderat Kurt Jörg das Budget 2016 der Gemeinde Zollikofen besprochen. Weitere Fragen hat der Finanzverwalter bereits vor der Sitzung schriftlich beantwortet. Dank der Information vor der Septembersitzung und den Erläuterungen konnte die GPK das Budget nachvollziehen.

Die GPK hat vier Fragen und Anmerkungen. Auf Seite 1, 2. Abschnitt "inklusive aller Nebenbetriebe": Was ist mit "Nebenbetriebe" gemeint?

Auf Seite 17, Kapitel 9, Abschnitt "Erläuterungen zur Sozialhilfe": Im Text wird die Übernahme eines Selbstbehaltes von 20 % aufgeführt. In der nachfolgenden Tabelle ist für die Kontengruppe 5451 (Kita) und 5452 (Tageseltern) ein grösserer Selbstbehalt als 20 % zu Lasten Gemeinde ausgewiesen. In der Kontogruppe 5444 (offene Jugendarbeit) ist er weniger als 20 %. Wie sind die Prozente in diesen drei Kontengruppen zu verstehen?

Seite 6: Die Totale in der Tabelle "Eckwerte zum Budget" der Erfolgsrechnung auf Seite 6 des Berichts und Antrages und das Total im Zusammenzug auf Seite 3 differieren. Nach Angaben des Finanzverwalters stimmen die Zahlen im gelben Heft. Da passierte ein Übertragsfehler, das wird noch korrigiert.

Die GPK fragt sich zudem, ob bezüglich der Abstimmungsschritte nicht eine andere Reihenfolge gewählt werden sollte? Als erstes die jetzigen Punkte 2 a und b und als zweites Punkt 3, so dass zuerst festgelegt wird, wie das Verwaltungsvermögen abgeschrieben wird.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Das Budget haben Sie gesehen. Ich möchte mich dem Dank der GPK an die Verwaltung anschliessen. Das war ein Riesenaufwand um eine Vergleichbarkeit hinzubringen von HRM1 zu HRM2. Einerseits haben die Kontonummern gewechselt, aber es gab auch Verschiebungen der Konti innerhalb der Funktion. So wird eine Vergleichbarkeit sehr schwierig. Die Verwaltung gab sich hier alle Mühe, dass wir hier ein vergleichbares Ergebnis haben.

Der grösste Unterschied besteht bei den ersten zwei Seiten. Dort ist nun das Gesamtergebnis, dann folgt das Ergebnis Steuerhaushalt und danach noch die zusammengezogenen Spezialfinanzierungen. Das ist eine grosse Neuerung. Zum Budget kann ich noch nicht viel

sagen. Wir haben ein Defizit prognostiziert, das ist nicht unbedingt gut. Wir müssen auch in Zukunft vorsichtig sein. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass alles, was im Budget steht und finanziert werden muss, auch finanziert wird. Die Abschlussprognose sieht insgesamt ungefähr so aus, wie budgetiert, allerdings fehlen Steuereinnahmen. Es ist anzunehmen, dass bis Ende Jahr noch eine Korrektur kommen wird. Aber die Rechnung wird so abschliessen, wie es im Budget 2015 steht.

Zur Frage der GPK: Auf Seite 1, 2. Abschnitt "inklusive aller Nebenbetriebe", was mit "Nebenbetriebe" gemeint sei: Damit sind Spezialfinanzierungen gemeint.

Seite 17, Kapitel 9, zu den Zahlen, die nicht ganz übereinstimmen: Das ist die Rückerstattung des Kantons von 20 % und bezieht sich auf die Gesamtheit aller Gemeinden und die Ausgaben dort. Das ist nicht identisch mit den Zahlen der Gemeinde, es gibt Abweichungen. Ich kann das gerne später im Detail erklären.

Und wegen der Reihenfolge der Abstimmungsschritte: Das können wir so entgegennehmen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für Voten der Fraktionen zur allgemeinen Runde.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ein Bericht und Antrag im Umfang von 20 Seiten lässt schon darauf schliessen, dass es beim Budget für das nächste Jahr gewisse Besonderheiten gibt.

Wer dieses Papier gelesen hat, hat sicher nicht auf Anhieb alles verstanden – ganz besonders nicht als Laie in Fragen der Buchhaltung und des Rechnungswesens. Er ist aber auch so dankbar für die ausführlichen Erklärungen zum allgemeinen Haushalt, zu den Spezialfinanzierungen, zu Abschreibungen, Verwaltungsvermögen und Investitionen. Wir Parlamentsmitglieder werden, auch wenn wir nicht jede Buchung und jeden Fachbegriff verstehen, ausreichend informiert und damit "beschlussfähig" gemacht.

Dahinter steht ein riesiger Aufwand der gesamten Verwaltung, aber ganz besonders der Finanzverwaltung, für die Bewältigung der Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell HRM2. Wer sich in diesem Jahr in den Kommissionen mit dem Budget befasst hat, konnte erkennen, was für eine gewaltige "Büez" hinter den vorliegenden Dokumenten steckt.

Die SP-Fraktion dankt allen, die daran gearbeitet haben, ganz herzlich. Ganz besonders dem Finanzverwalter David Portner, der in den Kommissionen, speziell aber in der Finanzkommission immer kompetent und sehr geduldig auf alle Fragen und Einwendungen geantwortet hat. Der "Runde Tisch" der Parteien zur Zukunft der Gemeindefinanzen und der ausserordentliche Informationsanlass für uns GGR-Mitglieder kamen ja noch dazu. Wir sind überzeugt, dass sich der zusätzliche Aufwand auch dafür gelohnt hat und danken dem Departementsvorsteher Finanzen, Kurt Jörg und dem Gemeindepräsidenten für ihre jeweiligen Auftritte.

Die SP-Fraktion hat die Papiere diskutiert und ist mit dem Bericht des Gemeinderates zum Budget 2016 völlig einverstanden. Wir nehmen Kenntnis vom geplanten Vorgehen zum Abschluss der Rechnung 2015, vom voraussichtlichen Aufwandüberschuss 2016 von Fr. 900'000.00 und von den Auswirkungen auf die Finanzplanresultate für die nächsten fünf bis 10 Jahre.

Wir finden es auch richtig, dass die möglichen Einnahmen aus dem Verkauf von Land und Liegenschaften im Budget und in der Finanzplanung noch nicht berücksichtigt worden sind. Gewisse "stille Reserven" kann die Gemeinde brauchen, weil es ja auch sonst auf der Einnahmenseite noch Unsicherheiten gibt. Negative und positive Überraschungen sind möglich.

Wir stimmen allen Anträgen des Gemeinderates zu und stellen unsererseits keine Anträge zu einzelnen Budgetpositionen.

Markus Burren, SVP: Als erstes danken wir David Portner und seinem Team für die sauber ausgearbeiteten Unterlagen. Ich kenne es vom Kanton, dort sind wir auch am Umstellen und es ist eine Riesenarbeit. Was hier vorliegt ist super ausgearbeitet.

Kurt Jörg hat es bereits richtig gesagt: "Ein Franken bleibt ein Franken", unabhängig vom Rechnungsmodell. Wenn Sie im Budget etwas beeinflussen wollen, dürfen Sie nicht nur die Gelben Seiten anschauen, sondern auch den Politik- sowie den Finanz- und Investitionsplan. Dort sind die grossen Posten, welche etwas anstossen. Wenn dort etwas anders ausgeführt wird oder nicht gemacht, dann ist schnell ein Brocken gespart, oder besser gesagt, nicht ausgegeben. Es gibt ein altes Sprichwort: "Wer den Rappen nicht ehrt, ist des Frankens nicht wert"; das bleibt auch bei unserer grossen Budgetsumme beständig.

Wir begrüssen das durch den Gemeinderat vorgeschlagene Abstimmungskonzept. Unabhängig davon, ob wir in acht oder 16 Jahren abschreiben: es gibt keinen Mittelabfluss. Das heisst, es wird kein Franken mehr oder weniger ausgegeben, sondern die Rechnung wird bloss besser dargestellt oder eben schlechter. Wir haben in der Finanzkommission intensiv darüber diskutiert und haben sauber ausgearbeitete Unterlagen erhalten. Es ist die beste Variante, eine "geglättete" Abschreibung zu haben, auch in den nächsten 12 Jahren.

Sie konnten die Abschlussprognose dieses Jahres lesen: Wir schliessen Fr. 450'000.00 schlechter ab, als budgetiert. Auch das vorliegende Budget lässt mit diesem Defizit zu wünschen übrig. Deswegen werden wir allfällige Kürzungsanträge abwägen und, wenn sinnvoll, auch unterstützen.

Jedoch ist eine Steuererhöhung zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets aus unserer Sicht zu früh. Es gäbe nur falsche Anreize, wenn man mehr Geld zur Verfügung hat.

Marceline Stettler, GFL: Das erste Budget des neuen Rechnungslegungsmodells HRM2 liegt vor. An dieser Stelle erst mal den Verfassern, welche daran "gchrampfet hei", ein herzliches Dankeschön. Es ist schade oder fast unfair, dass jetzt auch nach der Umstellung auf HRM2 ein Franken eben nur ein Franken bleibt.

Im Bericht und Antrag kann man lesen: "Die Gemeinde Zollikofen verfügt über eine intakte Finanzlage. Die Finanzkennzahlen weisen im mehrjährigen Durchschnitt solide Werte auf und befinden sich nirgends in einem kritischen Bereich." Tönt gut, oder? Wir finden, es tönt etwas zu gut. Wir finden, dass es irritierend geschrieben ist, vor allem, es könnte irritierend sein für Bürgerinnen und Bürger, welche nicht so stark in die Zahlen hineinsehen, wie es hier der Fall ist. Darum ist unser Eindruck, dass das nicht zu schön gemalt werden sollte.

Eigentlich müsste man sagen "wir leben auf Pump" oder etwas eleganter, "wir geben mehr aus, als wir einnehmen". Irgendwann geht das nicht mehr auf. Das haben wir schon im letzten Jahr diskutiert und ich möchte auch nicht behaupten, dass wir dagegen nichts getan haben. Aber der Runde Tisch Finanzen ist wegen des HRM2 etwas ad acta gelegt, jedoch werden wir dort sicher weiter arbeiten. Dass Sparen nicht ganz so einfach ist, das haben alle gemerkt.

Sparen heisst aber nicht, alles was neu ist, nicht mehr zu prüfen. Das wäre nicht zukunftsorientiert. Nicht vertretbar finden wir auch die Idee, mit dem Erlös des Betagtenheimes zu spekulieren um die Löcher zu stopfen. Es spielt keine grosse Rolle, wann und wieviel Geld kommt. Wir sind der Meinung, dass damit nicht einfach Löcher gestopft werden dürfen.

Die GFL stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu. Wir hätten uns eine Abschreibungsdauer von 12 Jahren vorstellen können, aber zehn Jahre sind für uns auch in Ordnung. Wir stimmen im Bewusstsein zu, dass noch ein steiniger Weg vor uns liegt.

Marcel Remund, FDP: Das Budget 2016 und die Abschlussprognose 2015 zeigen die finanzielle Situation von Zollikofen übersichtlich und nachvollziehbar auf. Durch die Umstellung auf HRM2 war der Budgetprozess in diesem Jahr besonders aufwändig. Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die gute Vorbereitung.

Trotz den diversen Umstellungen in der Rechnungslegung bleibt eine Zahl auch mit den vorherigen Gemeinderechnungen vergleichbar. Das ist diejenige des Selbstfinanzierungsgrades unserer Investitionen. Er ist seit 2012 und auch in der Finanzplanung 2016-20 unter 100 %. Das heisst, wir müssen unsere Investitionen teilweise mit neuen Schulden finanzieren. Dieser Trend ist besorgniserregend. Gemäss Budget 2016 müssen fast die gesamten Nettoinvestitionen von 7.5 Mio Franken mit Schulden finanziert werden. Es müssen Lösungen aus dieser Negativspirale aufgezeigt werden.

Ein Drehen an der Steuerschraube ist nicht angebracht. Das Steuerklima im Kanton Bern ist, speziell für natürliche Personen, schlecht. Darum sollten wir auf Gemeindeebene dieses Klima nicht völlig unerträglich machen. Vielleicht würde es schon helfen, bei gewissen Bauprojekten den privaten Investoren nicht weitere Hürden in den Weg zu legen, damit möglichst schnell neues Steuersubstrat nach Zollikofen kommen könnte.

Auf der Ausgabenseite hat die Gemeinde aufgrund gebundener Ausgabenposten leider nur beschränkten Handlungsspielraum. Solche gebundenen Ausgaben finden sich vor allem in den grössten Nettoaufwandbereichen; der Sozialen Wohlfahrt und der Bildung. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) hat vor kurzem kleine Leistungskürzungen beschlossen. Es ist fraglich, ob diese Massnahmen genügend Wirkung zeigen. Umso wichtiger ist es bestehende Aufgaben zu hinterfragen und neue Aufgaben für die Gemeinde nicht zuzulassen. Bei Investitionen ist zudem strikt auf Nutzen und Zweckmässigkeit zu achten.

Die FDP-Fraktion wird trotz den schlechten Eckwerten dem Budget 2016 und den Abschreibungsmodalitäten auf dem Verwaltungsvermögen zustimmen. Wir setzen jedoch darauf, dass weiter an Massnahmen gearbeitet wird, um eine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Lage von Zollikofen zu erreichen. Wir werden in der Detailberatung bei einem Aufwandsposten einen Kürzungsantrag stellen.

Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen der Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Dann ist das Wort offen für die Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Die CVP möchte die Gelegenheit nicht verpassen, dem Finanzverwalter, seinem Team und allen anderen Beteiligten für die sorgfältig ausgearbeiteten Unterlagen zu danken. Allfällige Verbesserungen des Ergebnisses heute Abend stehen wir wohlwollend gegenüber.

Toni Oesch, FdU: Ich lege wie jedes Jahr im Oktober meine Folie auf und nehme an, Frau Roll wird sie wieder ins Protokoll aufnehmen, so dass ich wegen der Zeitbeschränkung nicht jede Zahl ablesen muss. Vielen Dank. Normalerweise will ich damit zeigen, wie die Vorschläge von den Prognosen und von den effektiven Ergebnissen abweichen. Dieses Jahr stehen die Zahlen unter einem besonderen Ereignis, nämlich der Umstellung auf HRM2. Ich zeige mit der Variante 1, wie bis jetzt ohne besondere Massnahmen budgetiert worden ist. In der Kolonne rechts zeige ich mit der Variante 2, wie die Gemeinde auf die Umstellung reagiert. Da werden zum schon beträchtlichen Aufwandüberschuss noch 5 Mio. Franken als Mehrabschreibung draufgepfeffert, und zwar in der Kompetenz des GGR. Das ist ein Fehler in unserer Gemeindeverfassung. Das fakultative Referendum sollte bei einer Überschreitung von 1 Mio. Franken auch hier vorgesehen sein.

Rechnungsjahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2015	
in Tsd.Fr.									Var.1	Var.2	
<b>a) Voranschlag:</b>											
Aufwandübersch.	-1'492	-1,200	-541	-651	-1'412	-691	-1'051	-1'327	-1'241	-1'241	
2015 Überabschreibung									0	-5'000	
									-1'241	-6'241	
<b>b) Abschlussprognosen Fi.-Verwaltg. im Oktober:</b>											
Aufwandübersch.	-823	-800				-472	-605	-1'272	-1'684	-1'684	
2015 Überabschreibung									0	-5'000	
Ertragsüberschuss			57	2'537	300						
<b>c) def. Rechnungsergebnis:</b>											
+ / - Überschuss	1'209*)	917*)	443*)	3'376*)	1'707*)	-334	137*)	-461	?	?	
Fehlprognosen	2'701	2'117	984	4'027	3'117	357	1188	811	?	?	
Steueranlage	1,45	1,45	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40	
*) 2007-2013 total 7,8 Mio.Fr. als zusätzliche Abschreibungen verwendet (wären effektiv Eigenkapital)											
Eigenkapital per	1.1.	1.1.	1.1.	1.1.	1.1.	1.1.	1.1.	31.12.	31.12.	31.12.	
a) in Mio. Fr.	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,4	13,9	12,7	7,7**)	
b) in Steuerzehnteln: Zollikofen								9,3	8,5	5,1	
Mehrheit der bern. Gemeinden über								12,0	12,0	12,0	
**) EK per 31.12.2015: 7,7 Mio.Fr. gem Bericht und Antrag Seite 3,3. Abschn. und S.18 Ziff.10											
Bestandesrechnung per								1.1.	1.1.	1.1.	
								Mio.Fr.	Mio.Fr.	Mio.Fr.	
Finanzvermögen								34,4	26,4	26,4	
Verwaltungsvermögen								17,5	22,5	22,5	
Total								51,9	48,9	48,9	
Brandversicherungswerte:				Gebäude				117,9	122,2	122,2	
				Mobilien				14,1	14,1	14,1	
d.h. mind. 80 Mio.Fr. stille Reserven											
Mittel- und langfristige Schulden (ohne Spez.-Fi.)						per 31.12.		Null	Null	5	5

Es heisst, die Einführung des HRM2 nähere sich der Privatwirtschaft, aber sicher nicht in Bezug zu dieser Mehrabschreibung. Denn solche Überabschreibungen würden steuerlich aufgerechnet, es sei denn ein "Ruling" werde abgemacht. Mit "Ruling" haben wir in Zollikofen Erfahrung. Diese zusätzlichen Abschreibungen bewirken, dass das schon geschrumpfte Eigenkapital zusätzlich reduziert wird, und zwar nach heutiger Prognose auf 7,3 Mio. Franken, wobei auch noch der heute hinzugekommene Mehraufwand von Fr. 400'000.00 berücksichtigt ist.

Unsere Meinung bezüglich des zu kleinen Eigenkapitals, beziehungsweise gesunder Finanzen steht im Gegensatz zur Meinung des Gemeinderates. Bei den prognostizierten Aufwandüberschüssen in den nächsten 5 Jahren von 1,1 bis 1,3 Mio. Franken pro Jahr wird das Eigenkapital in etwa fünf bis sechs Jahren aufgebraucht sein. Dann müssen die Steuern erhöht werden. Ich habe mich etwas umgeschaut. Weder die Stadt Bern, noch Köniz, Ittigen und natürlich Muri - bei den Reichen lernt man sparen - machen eine solche Übung. Wir werden deshalb bei der Abstimmung über den Nachkredit von 5 Mio. Franken dagegen stimmen.

Noch ein Wort zu Muri: Diese Gemeinde hat das ASP 2015+ durchgeführt, Aufgaben- und Strukturüberprüfung, wie es der Kanton durchgeführt hat unter Beatrice Simon von der BDP. Wir haben das auch für Zollikofen seit zwei Jahren vorgeschlagen, aber nichts ist in dieser Richtung geschehen. Zollikofen muss sich dann in fünf Jahren dahinter setzen.

Mich würde noch interessieren, ob wir Ende dieses Jahres Schulden haben und wieviel?

Ich komme noch zu einem zweiten Schwachpunkt, nämlich der Abschreibungsdauer des Verwaltungsvermögens. Die Vorschriften lassen es den Gemeinden frei, in welcher Zeitdauer sie das Verwaltungsvermögen mit Bestand 31.12.2015 abschreiben wollen. Sie können eine Dauer von acht bis 16 Jahren wählen. Der Gemeinderat wählt 10 Jahre, das macht 10 % Abschreibung pro Jahr. Am Beispiel unseres Verwaltungsgebäudes sehen wir die Auswirkungen: Am 1.1.2013 ist es noch mit Fr. 315'000.00 zu Buch gestanden. Dann kommt in den Jahren 2013 und 14 der Umbau mit rund Fr. 2,9 Mio. dazu, abzüglich der Abschreibungen. Wenn im 2015 mit 10 % abgeschrieben wird, beträgt der Wert per 1.1.2016 Fr. 2'343'600. Wollen wir wirklich, dass dieses Gebäude bereits in 10 Jahren auf Null Wert abgeschrieben ist? Wir sagen nein.

Aber auch alle anderen Anlagen wie sie auf den grünen Seiten 74 und 75 des Heftes Jahresabschluss aufgezählt sind, will man derart rasch auf Null setzen. Da stehen zum Beispiel per 1.1.2015 zu Buch: Die Primarschulhäuser mit Turnhalle mit Fr. 3'219'000.00, die Sekundarschule mit Fr. 1'367'000.00, die Mehrzweckhalle mit Fr. 2'604'000.00 und die Kindertagesstätte mit Fr. 1'179'000.00

Die Stadt Bern und Muri haben eine Abschreibungsdauer von 12 Jahren gewählt, Köniz 16 Jahre. Wir stellen den Antrag, dass Zollikofen auch auf 16 Jahre umstellt. Deshalb stellen wir den Antrag, auf 16 Jahre umzustellen.

Das macht eine Entlastung von rund Fr. 88'000.00 pro Jahr aus, allein für das Verwaltungsgebäude. Dadurch wird der Abschreibungssatz auf 6,25 % gesenkt und die Jahresrechnungen werden entlastet.

Wenn wir das Total des Verwaltungsvermögens mit einem jetzigen Buchwert von rund 20 Mio. Franken anschauen, macht die Entlastung Fr. 750'000.00 pro Jahr aus und das hat wieder positive Auswirkungen auf das Eigenkapital, respektive die Steuern müssten nicht schon in fünf Jahren erhöht werden.

Zur Abschreibungsdauer von 16 Jahren kann man noch etwas anderes sagen: Das Mass für die Weltwirtschaft geben die USA vor. Janet Yellen von der Federal Reserve hat letzten Monat den Leitzins wieder nicht erhöht, der bleibt bei 0 bis 0,25 %. Als Grund für das Zuwarten hat sie die globalen real- und finanzwirtschaftlichen Entwicklungen genannt, wie sie in den USA die Wirtschaftsaktivität einschränken. Nächsthin will sie wieder beraten. Der Schweizer Konjunkturmotor läuft nicht rund. Sollten die USA den Leitzins erhöhen, muss weltweit nachgezogen werden. Das könnte nachteilige Folgen haben auch auf die Konjunktur in der Schweiz und auf etliche Hausbesitzer. Dann können wir froh sein, wenn durch das Strecken der Abschreibungsdauer unseres Verwaltungsvermögens die Gemeinderechnungen entlastet werden. Zudem wirken sich die höheren Zinsen auf die Geldentwertung aus und damit

auch auf die abzuschreibenden Werte unseres Verwaltungsvermögens, sicher spürbar in 16 Jahren. That's it, ich danke, auch Stefan Fässler für die Bedienung des Beamers.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte etwas aufgreifen, was in der Debatte gesagt wurde: Seit 2012 hätten wir einen negativen Selbstfinanzierungsgrad. Was ist im Jahr 2012 passiert? Damals wurden erstmals die Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision spürbar, nicht nur in Zollikofen. Diese waren auf die bürgerliche Steuersenkungspolitik im Grossen Rat zurückzuführen, die in den Folgejahren, ohne dass wir den Steuerfuss gesenkt haben, die Steuerbelastung reduziert hat. Vielleicht ist hier ein Zusammenhang, dass man zu stark "auf Vorrat" die Steuerbelastung gesenkt hat und deshalb haben wir jetzt ein Finanzierungsproblem.

Präsidentin: Gibt es weitere allgemeine Wortmeldungen aus dem Rat? Nein. Hat der Gemeinderat noch Anmerkungen?

David Portner, Finanzverwalter: Zur Frage wegen der Verschuldung per Ende Jahr. Ein zinspflichtiges Fremdkapital weisen wir immer aus und zwar gegenüber unseren spezialfinanzierten Bereichen. Sie können diese Entwicklung unter Ziffer 9.3 im Finanzplan nachlesen. Gegenüber Banken oder Kreditinstituten haben wir einen Überbrückungskredit von .5 Mio Franken am Laufen. Ich gehe davon aus, dass wir per Ende Jahr hier noch etwas reduzieren können, dies kommt auf die Investitionstätigkeit und die weiteren Einnahmen an, die Steuerertragsseite, aber auch die Ausgaben, je nachdem der Aufwand. Momentan haben wir eine Verschuldung den Banken gegenüber.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Bezüglich der Abstimmungsdauer, die Toni Oesch angesprochen hat: Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, zwischen acht und 16 Jahren zu wählen. Der Gemeinderat hat sich aber sorgfältig und genau überlegt, warum er zehn Jahre wählt. Ich sage nicht, dass 10 Jahre überblickbarer sind als 16 Jahre. Wenn wir zehn Jahre entlasten, belasten wir sechs Jahre. Das Verwaltungsvermögen von 18 Mio. Franken muss einfach abgeschrieben werden. Wenn wir es in einer zehnjährigen Zeit abschreiben, so tun wir das, bei 16 Jahren schreiben wir genau gleich viel ab und belasten einfach die nachfolgenden Rechnungen damit. Damit die Sache "stemmbar" wird, haben wir gesagt, dass wir einmalig 5 Mio Franken zu Lasten der Rechnung 2015 abschreiben. So sind wir überzeugt, eine gute Finanzplanung gemacht zu haben, die uns auch erlaubt, nach vorne zu schauen. Wir wissen nicht, was in 10 Jahren neu gebaut wird, und was neu abgeschrieben werden muss. Wir müssen auch alles Neue abschreiben, das ist vorgegeben. Es ist nicht damit getan, einfach das Verwaltungsvermögen abzuschreiben. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen und ihn so anzunehmen.

Toni Oesch, FdU: Eine Frage an David Portner. Mich interessiert vor allem der Steuerhaushalt, nicht die Spezialfinanzierung, die läuft über Gebühren. Mich interessiert, ob wir beim Steuerhaushalt Schulden haben.

David Portner, Finanzverwalter: Momentan haben wir beim Steuerhaushalt 5 Mio. Franken Schulden.

Präsidentin: Wir kommen zur Detailberatung. Wer sich meldet, soll bitte die Seite und die Kontonummer angeben. Wir sammeln bei jedem Konto die Voten und zum Schluss der Konten kann der Gemeinderat Stellung nehmen. Bei jedem Konto haben die Ratsmitglieder und zum Schluss der Gemeinderat das Wort. Die GPK hat zu den einzelnen Konti keine Wortmeldungen.

### **Konto 0 Allgemeine Verwaltung, Seiten 5 bis Anfang Seite 7**

Keine Bemerkungen.

**Konto 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung, Seiten 7 bis 9**

Keine Bemerkungen.

**Konto 2 Bildung, Seiten 9 bis 14 (ohne Kontengruppe 212 Sekundarstufe I)**

Marcel Remund, FDP: Seite 11, Konto 2170.3144.01, Schulliegenschaften, Baulicher Unterhalt Gebäude. Dort ist im Budget 2016 ein Betrag von Fr. 240'450.00. Im Budget 2015 war es ein Betrag von Fr. 177'050.00. Das ist eine Erhöhung innerhalb eines Jahres von Fr. 63'400.00 oder 36 %. Das ist angesichts der aktuellen finanziellen Lage meines Erachtens nicht angebracht. Wenn wir den Budgetposten genauer anschauen, sieht man, dass Fr. 136'610.00 mit spezifischen Vorhaben ausgewiesen sind. Also sind über Fr. 100'000.00 noch nicht mit speziellen Projekt verplant. Es sollte also genügend Spielraum vorhanden sein, um mit weniger Mitteln auszukommen. Im Notfall wären weniger wichtige Vorhaben nicht, oder später zu realisieren. Die FDP stellt deshalb einen Kürzungsantrag von Fr. 50'000.00 auf diesem Budgetposten. Der neue Betrag wäre dann Fr. 190'450.00. Das ist immer noch eine Steigerung von Fr. 13'400.00 oder 8 % gegenüber dem Jahr 2015. Die Kürzung sollte somit ohne Leistungseinbussen im Unterhalt der Schulliegenschaften realisierbar sein. Es ist eine vertretbare Kürzung auf einer nicht gebundenen Budgetposition. Sie hilft, das Budget 2016 etwas besser darzustellen. Danke für die Unterstützung des Antrages.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Die FDP-Fraktion hat einen Kürzungsantrag von Fr. 50'000.00 beim baulichen Unterhalt der Schulliegenschaften vorgeschlagen. Eine pauschale Kürzung macht für den Gemeinderat keinen Sinn. Der Grosse Gemeinderat sollte entscheiden, welche Einzelpositionen zu kürzen sind.

Betreffend der Höhe des Budgets für den baulichen Unterhalt der Schulliegenschaften möchte ich die folgenden Bemerkungen machen:

1. Dieses Budget stellt, neben grösseren Einzelpositionen, die Summe von sehr vielen kleinen Einzelpositionen, die nötig sind, dar.
2. In der ersten Version des Budgets war aufgrund der Angaben der Benutzer und der Bauverwaltung ein Betrag von Fr. 345'331.00 enthalten. Die Kommission Bau und Umwelt und der Gemeinderat haben Kürzungen von Fr. 104'881.00 vorgenommen. Das heisst, eine Kürzung von circa 30 %.
3. Der GVB-Wert aller Schulliegenschaften liegt bei rund 58 Mio. Franken Der Betrag von Fr. 240'450.00 im Budget für den Unterhalt dieser Gebäude stellt nur 0.4 % dieser Summe dar.

Ich bitte Sie, den Kürzungsantrag abzulehnen.

Bruno Vanoni, GFL: Damit wir wissen, worüber wir abstimmen, hätte ich eine Rückfrage an die Antragsteller. Wenn ich richtig verstanden habe, werden die einzeln aufgelisteten Vorhaben von Ihnen nicht infrage gestellt?

Marcel Remund, FDP: Das heisst es nicht. Wir lassen es bewusst offen. Die Exekutive kann als ausführendes Organ Prioritäten setzen. Wie er mit der Gesamtsumme umgeht, ist meiner Meinung nach Aufgabe des Gemeinderates. Es wurde ein Beispiel erwähnt, dass Fr. 136'610.00 für spezifische Projekte geplant seien.

Bruno Vanoni, GFL: In diesem Fall heisst der Antrag wohl, dass wir bei einer Kürzung nicht wissen, wo gekürzt wird und wir wissen vor allem nicht, ob der Gemeinderat alle aufgelisteten Vorhaben realisieren und dafür beim ordentlichen jährlichen Unterhalt sparen wird. Mit anderen Worten kaufen wir die Katze im Sack und das machen wir nicht gerne.

Präsidentin: Konto 2170.3144.01 Baulicher Unterhalt Schulliegenschaften Gebäude; der Antrag lautet, um Fr. 50'000.00 auf Fr. 190'450.00 zu kürzen. Wer dem Antrag zustimmen will, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 24 Ja- zu 12 Nein-Stimmen angenommen.**

### **Konto 3 Kultur, Sport und Freizeit, Seiten 14 bis 16**

Toni Oesch, FdU: Seite 14, Konto 3290.3130.03, Dienstleistungen Dritter, Kulturelle Veranstaltungen. Das ist das Dorffest. Es wird im Rahmen der GAZ im Geisshubel durchgeführt, bereits zum zweiten Mal. Vorher fand es in der Rütli statt. Die Parteien, die dabei waren, zahlten jeweils Fr. 1'000.00 und im Geisshubel nun auch. Muss das Gewerbe auch so viel zahlen?

Die zweite Frage. Wäre es nicht möglich, dass die Parteien ohne grossen Aufwand auch auf dem Platz, der für das Dorffest vorgesehen ist ihre Tische hinstellen könnten? Wieso sollten die Kleinen so Viel zahlen müssen?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Es gibt an der GAZ einen Tarif für alle, also Parteien und Gewerbe. Wegen der Möglichkeit, Tische zu stellen: Das ist Sache des GAZ-Präsidiums, dies zu entscheiden, das können wir hier nicht tun. Wir finanzieren die GAZ nicht.

Roland Stucki, EVP: Zur Position 3410.3634.01, Beitrag Sportzentrum Hirzenfeld. Das ist eine beträchtliche Steigerung festzustellen. Im Detail, Seite 10, sieht man, dass bei "Wasserattraktivitäten" sage und schreibe Fr. 27'840.00 eingebucht sind, das ist notabene nur unser Teil, Münchenbuchsee zahlt auch noch. Das wären also Wasserattraktivitäten für über Fr. 50'000.00, die realisiert würden. Das ist ein hoher Betrag. Uns ist bekannt, dass die Fr. 250'000.00 institutionell gespendet werden von uns, aber dass das, was darüber hinaus geht, so hoch sein muss für eine Wasserattraktivität? Die grösste Attraktivität ist immer noch das schöne Wetter. Ich stelle keinen Antrag, aber wollte dies festgehalten haben.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Im Vertrag zur Finanzierung des Sportzentrums Hirzenfeld haben wir auf der einen Seite den jährlich wiederkehrenden Betriebsbeitrag, andererseits Investitionen im Gesamtbetrag von über Fr. 50'000.00, die gesondert den Gemeinden in Rechnung gestellt werden.

Der Vorstand des Trägervereins hat das Projekt noch nicht im Detail ausgearbeitet. Es geht primär um den Spielplatz, der aktuell ein Nischendasein fristet. Er soll aufgewertet werden. Konkrete Beschlüsse und Finanzanträge an die Gemeinden sind noch nicht gefallen, sie werden eingereicht und in beiden Gemeinderäten als separates Geschäft behandelt.

Markus Burren, SVP: Konto 3420.3149.01, Freizeitunterhalt Wanderwege, Landschaftsweg, Biotop. Es geht um die Sanierung eines Brunnens, unser Beitrag ist Fr. 7'540.00. Wenn das mal drei gerechnet wird, sind wir bei rund Fr. 22'500.00 für einen Brunnen. Wenn ein Bauer solch einen Brunnen vor sein Haus stellen täte, würde er verlumpen. Was ist hier angedacht? Wir haben schon so einen teuren Brunnen, der nicht funktioniert hat, auf dem Friedhof. Weiss man hier schon mehr?

David Portner, Finanzverwalter: Auf diesem Konto sind als ausserordentliche Position die Fr. 7'540.00 für den Brunnen als Kostenanteil zusammen mit der Gemeinde Münchenbuchsee und den RBS/SBB. Dann stehen weitere Positionen, die für den normalen jährlichen Unterhalt gedacht sind. Fr. 2'000.00 für den Landschaftsweg. Der Unterhalt der öffentlichen An-

lagen, das ist Kies, Splitt, Zaunmaterial für Fr. 4'800.00. Baumschnitte von 170 Gemeindebäumen für rund Fr. 6'000.00 und Weiteres, das die Differenz zu den Fr. 33'000.00 ergibt.

Präsidentin: Ich habe das Gefühl, dass Markus Burren mit der Antwort nicht ganz zufrieden ist.

Markus Burren, SVP: Nein, ich bin nicht zufrieden, aber sehr wahrscheinlich kann mir das niemand sagen.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Wenn ich Markus Burren richtig verstanden habe, will er genau die Fr. 7'540.00 gestrichen haben. Das dürfte möglich sein, aber dann müsste man den weiteren Vertragspartnern, die sonst noch mitbeteiligt sind, das ist nicht nur Münchenbuchsee, sondern auch der RBS und die SBB als Grundstückseigentümerin, sagen, dass man den Brunnen nicht mehr will. Vielleicht sind dann die anderen gleicher Meinung und vielleicht dann eben nicht. Aber es gäbe wahrscheinlich noch intelligentere Lösungen als dieser "gruusige" Rosthaufen, der zur Hälfte der Zeit trocken liegt und eigentlich gar kein Brunnen ist. Ich würde es aber trotzdem im Budget belassen, denn es gibt Verträge und wenn die anderen sanieren wollen, müssen wir auch. Man könnte auch einfach einen Platz machen.

Markus Burren, SVP: Ich stelle keinen Kürzungsantrag, ich halte mein Wort. Ich möchte aber dem Gemeinderat mitgeben, dies zu überdenken. Man kann sich entsprechend einbringen, sonst können wir dann eine Richtlinienmotion machen, dass es verbindlicher ist und er sich in unserem Sinne einbringt. Niemand ist wirklich begeistert von diesem Projekt und deshalb sind Fr. 22'000.00 viel Geld.

#### **Konto 4 Gesundheit, Seite 16 bis 17**

Toni Oesch, FdU: Seite 16, Konto 4120.4479.01, Alters- Kranken- und Pflegeheime, Abgeltung Infrastruktur BHZ: Wir haben nur eines und das ist das Betagtenheim. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir mit der Aufgabe unseres Betagtenheimes nicht nur einen schönen Park abgeben, der vielleicht verkauft wird. Es gab ja keine Antwort, weil das Verfahren noch offen ist. Man darf nicht sagen, ob das Ganze verkauft oder im Baurecht abgegeben wird. Wir geben ein abgeschriebenes Betagtenheim weg, Sie können auf den grünen Seiten schauen, es hat Null Wert. Wir geben eine Goldgrube auf, die uns jährlich fast Fr. 238'000.00 bringt.

#### **Konto 5 Soziale Sicherheit, Seiten 17 bis 20**

Keine Bemerkungen.

#### **Konto 6 Verkehr, Seiten 20 bis 22**

Keine Bemerkungen.

#### **Konto 7 Umweltschutz und Raumordnung, Seiten 22 bis 27**

Keine Bemerkungen.

#### **Konto 8 Volkswirtschaft, Seiten 27 bis 28**

Keine Bemerkungen.

#### **Konto 9 Finanzen und Steuern, Seiten 28 bis 30**

Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Somit haben wir diese Detailberatung abgeschlossen. Bitte nehmen Sie das orange Dossier zur Hand.

### **Produktbudget 2016 für die Sekundarstufe I (Konto 2130)**

Präsidentin: Wir gehen das Budget im orangen Heft produktweise durch.

Johanna Thomann, GPK: Wir haben zwei Fragen, beziehungsweise Bemerkungen. Uns ist nicht ganz klar, ob die Budgetzahlen 2015 in dem Produkt auch schon auf HRM2 umgerechnet sind. Dann haben wir noch eine Frage auf Seite 4 unter "Kultur und Projekte": Beim Voranschlag 2016 sind fast Fr. 19'000.00 mehr als 2015. Hat das mit dem HRM2 zu tun?

David Portner, Finanzverwalter: Die Budgetwerte 2015 sind noch auf HRM1 und dort natürlich mit dem Umwandeschmodus die Kostenrechnung auch beeinträchtigt ist, haben wir das auf HRM1 stehen lassen beim Budget 2015. Das Budget 2016 basiert selbstverständlich auf HRM2.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Bei "Kultur und Projekte" ist wieder ein Grossanlass geplant. Er wird einen Ertrag generieren, welcher aber erst später kommt.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen zu Produkt 1 "Unterricht"? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkungen zu Produkt 2 "Kultur und Projekte"? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkungen zu Produkt 3 "Gesundheit und Soziales"? Das ist nicht der Fall. Produkt 4 "Information und Zusammenarbeit"? Das ist auch nicht der Fall.

Präsidentin: Somit haben wir die Detailberatungen abgeschlossen und kommen zu den Schlussabstimmungen. Wir stimmen zuerst über Buchstabe B ab. Es geht hier um die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Stimmen müssen deshalb ausgezählt werden.

Wer die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I (HRM-Kontengruppe 2130) für das Jahr 2016 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2016 von Fr. 363'360.00, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Budget 2016, genehmigen will, soll die Hand erheben.

### **Abstimmung**

**B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums beschliesst der Rat mit 37 Ja- gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen (anwesende Ratsmitglieder 37, Vorsitz stimmt nicht mit), die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I (HRM-Kontengruppe 2130) für das Jahr 2016 zu genehmigen.**

Präsidentin: Wir kommen zu Punkt C: Wer diesem zustimmen will, soll die Hand erheben. Mir wird zugeflüstert, ich solle zuerst Punkt A nehmen.

Toni Oesch, FdU: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass ich einen Antrag gestellt habe.

Präsidentin: Das habe ich nicht vergessen. Wir fahren ganz normal weiter. Zum Punkt C: Es gab einen Antrag zu Punkt 3, dass wir das per 1. Januar 2016 bestehende Verwaltungsvermögen nicht über zehn, sondern 16 Jahre linear abschreiben will. Wer dem Antrag Oesch zustimmen will, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 35 Nein zu 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung abgelehnt.**

### Abstimmung

**C) Zu Handen der Stimmberechtigten beschliesst der Rat mit 36 Ja- gegen 1 Nein-Stimme bei 0 Enthaltungen (anwesende Ratsmitglieder 37, Vorsitz stimmt nicht mit):**

- 1. Das Budget für das Jahr 2016 wird genehmigt.**
- 2. Für das Jahr 2016 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:**
  - a. Ordentliche Steueranlage: das 1,40fache der gesetzlichen Einheitssätze;**
  - b. Liegenschaftssteuern: 1,0‰ des amtlichen Wertes.**
- 3. Das per 1. Januar 2016 bestehende Verwaltungsvermögen wird über die nächsten 10 Jahre mit einem Abschreibungssatz von 10 % linear abgeschrieben.**

Präsidentin: Wir müssen noch etwas einfügen. Einen Nachkredit von maximal 5 Mio. Franken für übrige Abschreibungen zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015 müsste man noch genehmigen. Das ist Punkt A, in eigener Kompetenz. Wer dem zustimmen will, soll das mit Handerheben zeigen.

### Abstimmung

**A1) In eigener Kompetenz:**

**Ein Nachkredit von maximal 5 Mio. Franken für übrige Abschreibungen zu Lasten der Laufenden Rechnung 2015 wird mit 36 Ja- zu 0 Nein-Stimmen genehmigt.**

Präsidentin: Somit kommen wir nun zur Beratung der Botschaft. Wir gehen die Botschaft seitenweise durch. Die GPK kann ihre Bemerkungen zu Beginn anbringen.

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK wünschte bereits im Oktober 2014, dass die Botschaftsentwürfe für Budget und andere Abstimmungsvorlagen vorgängig verwaltungsintern von Dritten auf Lesbarkeit und Verständlichkeit für die StimmbürgerInnen überarbeitet würden. Die GPK wünscht es auch dieses Jahr wieder, wir haben den Eindruck erhalten, dass es für Leute, die sich mit dem Budget nicht intensiv befassen, schwer verständlich ist. Ich wäre auch bereit, dem Ratsbüro für redaktionelle Änderungen noch Vorschläge zu unterbreiten, damit man im Rat nicht noch Redaktionelles besprechen muss. Wir beschränken uns im Folgenden auf Änderungen, die wir für nötig halten und deshalb hier zur Diskussion stellen wollen. Wir finden gut formulierte Botschaften sind wichtig, damit die grosse Arbeit, die dahinter steckt, insbesondere beim HRM2, auch zur Geltung kommt. Das ist bei diesem Entwurf zu wenig der Fall.

Präsidentin: Will der Gemeinderat Stellung nehmen?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Zum Vorgehen, wie Bruno Vanoni es angesprochen hat. Der Gemeinderat hat dies eingeführt, es wird durchgeführt, der Prozess ist institutionalisiert. Das Papier wird vor dem GGR/GR so bearbeitet. Es hat sicher den einen oder anderen Fehler darin, der bemängelt werden darf. Dies ist auf den riesigen Arbeitsaufwand im Zusammenhang mit HRM2 zurückzuführen. Vielleicht konnte nicht immer alles in der nötigen Ruhe gemacht werden, aufgrund des Zeitdruckes.

Präsidentin: Wir gehen die Botschaft nun seitenweise durch. Gibt es Bemerkungen aus dem Rat zu **Seite 1**?

Keine Bemerkungen.

## Seite 2

Bruno Vanoni, GPK: Die GPK wünscht, dass eine grundsätzliche Information über die Umstellung auf HRM2 eingefügt wird, analog der Information in Bericht und Antrag Budget 2016 "Rechnungslegungsgrundsätze Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell" und "Terminologie".

Zum zweiten Punkt: Ist das Budget 2015 in der Tabelle auch auf HRM2 umgerechnet? Das müsste klar ersichtlich sein vor der Tabelle auf Seite 2. In Bericht und Antrag ist es klar dargelegt, das Büro könnte das angehen.

Die Zahlen in der Tabelle für Aufwand und Ertrag, Budget 2016 und 2015, entsprechen nicht den Zahlen in der Botschaft auf Seite 14 beim Total ganz oben. Es besteht eine Differenz um rund Fr. 20'000.00. Wir bitten, dies zu überprüfen.

David Portner, Finanzverwalter: Die Tabelle auf Seite 2 wird angepasst, es wird eine Korrektur mit dem gutgeheissenen Kürzungsantrag geben. Wegen der Hinweise auf die Umstellung der Rechnungslegungsgrundsätze: Weitere Ausführungen sind ein Grundsatzentscheid. Der Gemeinderat stützt sich auf die gelebte Praxis, dass man es kurz gerafft machen will und nicht zu viel in die Botschaft packen will, das materiell inhaltlich nichts zur Folge hat. Ob das Dokument nun "Abstimmung über den Voranschlag" oder "Budget" heisst, ist sekundär.

Ein Hinweis: Auf Seite 3 bei den Budgetinformationen ab Zeile 10 weisen wir darauf hin, dass das Budget den erstmaligen Grundzügen von HRM2 unterliegt. Dort kommt der Hinweis nochmals. Wenn man einen Einschub machen will, wäre es wichtig, dass sich das Parlament entsprechend äussert.

Präsidentin: Wer dem Antrag der GPK folgen will, dass ein Einschub zur Erklärung gemacht wird, erhebe die Hand.

## Abstimmung

**Der Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.**

Hans-Jörg Rhy, SP: Eine Empfehlung an das Büro. Das kann sehr einfach gemacht werden. Indem man auf Seite 4 zuoberst bei "Finanzpolitische Grundlagen", Zeile 41 bis 47 liest. Dort ist ziemlich genau gesagt, was Bruno Vanoni meint. Den kleinen Absatz "Das Budget 2016 wurde erstmals nach HRM2 erstellt" kann man vorne einbauen.

## Seite 3

Bruno Vanoni, GPK: Über die Ausführlichkeit des Einschubes kann natürlich das Büro entscheiden, das wollten wir nicht vorneweg nehmen. Nun zu Seite 3, wir haben einen Vorschlag: Was bringt das Budget 2016? Zeilen 29 bis 31 verschieben vor Zeile 15 und nach Zeile 14, damit würde die Logik der Sätze optimiert.

Präsidentin: Der Gemeinderat nickt, offenbar ist das so in Ordnung.

## Seite 4

Bruno Vanoni, GPK: Seite 4, Zeilen 20 und 21: Wir bitten "und die damit verbundene gute Ausgangslage" zu löschen, es sagt dasselbe aus, wie das, was nachher folgt.

Präsidentin: Das ist in Ordnung so.

## **Seite 5**

Bruno Vanoni, GPK: Seite 5, Zeile 32, nach dem Komma: Wir bitten um Änderung des Textes auf "was zu einem zusätzlichen Aufwand von Fr. 16'870.00 führt". Wir haben den Originaltext zuerst falsch interpretiert.

Ebenfalls auf Seite 5, Zeile 70: Die GPK wünscht eine Abänderung/Erweiterung des Textes mit dem Hinweis, dass zur Vandalismusbekämpfung vermehrt Kontrollgänge der Securitas stattfinden.

Präsidentin: In Ordnung.

## **Seite 6**

Roland Stucki, EVP: Wird der Kürzungsantrag von Fr. 50'000.00 automatisch eingebunden?

Präsidentin: Ja.

Marcel Remund, CVP: Die Zahlen müssten ab Zeile 75 eingebunden werden, dann würde Platz geschaffen.

Präsidentin: Das wird angepasst.

## **Seiten 7 bis 9**

Keine Bemerkungen.

## **Seite 10**

Bruno Vanoni, GPK: Seite 10, Zeilen 18/19: Das Wort "finanziert" wäre korrekter statt "entnommen", es müsste heissen, dass nur ein Teil der Kosten Regionalverkehr aus dem Fonds entnommen worden sind. Deshalb bitte das Wort "teilweise" nach dem Jahr 2012 einfügen.

Seite 10, Zeilen 66 bis 69: Der letzte Satz ist schwer verständlich, wir wären dem Büro dankbar, wenn es den Text besser formulieren könnte.

## **Seiten 11 bis 12**

Keine Bemerkungen.

## **Seite 13**

Seite 13, Zeilen 8 und 9: Wir schlagen vor, entweder die Verpflichtungskredite in Mio. Franken, nicht Tausend, schreiben oder besser die Investitionsbeträge ordentlich beziffern, also nicht Fr. 0,22 Mio. sondern Fr. 220'000.00. So aber finden wir es nicht richtig.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die ganzen Zahlen können wir vom Platz her nicht ausschreiben, aber Mio. sind natürlich möglich.

## **Seiten 14 – 19**

Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich frage an, ob Sie einverstanden sind, den Botschaftsentwurf mit den nötigen Bemerkungen, die das Büro aufnehmen wird, zu akzeptieren? Bitte erheben Sie die Hand.

## Abstimmung

### **A2) In eigener Kompetenz:**

**Der Botschaftsentwurf wird mit 36- Ja zu 0 Nein-Stimmen mit Anpassungen genehmigt.**

---

54 1.201.7 Geschäftsprüfungskommission

### **Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl**

Präsidentin: Mit Schreiben vom 24. August 2015 gibt Peter Bähler, SVP, seinen Rücktritt als Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission per 31. Oktober 2015 bekannt. Es ist eine Ersatzwahl für die Amtsdauer vom 1. November 2015 bis 31. Januar 2017 vorzunehmen. Die SVP wurde ersucht, eine Ersatzkandidatin, beziehungsweise einen Ersatzkandidaten vorzuschlagen. Bisher gab es noch keinen Namen, liegt nun ein Vorschlag vor?

Markus Burren, SVP: Wir schlagen Valentine Aebi als Nachfolgerin von Peter Bähler vor.

Präsidentin: Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. **Ich erkläre Valentine Aebi in Anwendung von Artikel 56 GOGGR als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission als gewählt.** Herzliche Gratulation.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Im Namen der GPK darf ich dies sicher sagen, ich habe fast drei Jahre mit Peter Bähler zusammengearbeitet, zwei Jahre war er Präsident. Ich möchte ihm herzlich danken für seine kompetente Art. Er konnte manche Diskussion lösen und hat ein grosses Fachwissen. Valentine, ich möchte Dich auch begrüßen. Du bist zwar einige Jahre jünger als ich, aber ich kam damals auch als Anfänger in die GPK. Wir haben oft die längsten Sitzungen innerhalb der Kommissionen, aber Du wirst sehr viel lernen.

---

55 25.321. Verpflichtungskredite

### **Sanierung Klassenzimmer Zentralschulhaus; Abrechnung Verpflichtungskredit**

Präsidentin: Das Eintreten ist vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Nun sind die Fraktionen an der Reihe.

Fraktionen: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Gibt es Voten der Ratsmitglieder?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat (Schlusswort): Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Somit stelle ich aufgrund von Artikel 53 GOGGR fest, dass die Abrechnung im Betrag von Fr. 259'056.20 mit einer Kostenunterschreitung von Fr. 5'943.80 (Konto 217.503.70) zur Kenntnis genommen wurde.

---

56 25.321. Verpflichtungskredite

**Ersatzbeschaffung Gemeindefahrzeug Mercedes Unimog; Verpflichtungskredit**

Präsidentin: Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Die GPK hat das Wort.

Johanna Thomann, GPK: Nach Meinung der GPK ist die Vorlage unvollständig. Uns fehlen Informationen wie zum Beispiel betreffend Winterdienst (Sind die bestehenden Salzstreuer kompatibel zu dem Fahrzeug oder gibt es noch kostenpflichtige Anpassungen, die im Budget nicht enthalten sind?)

Auf Seite 4, Punkt 7, "Stellungnahme der Finanzkommission" hat sich die GPK gefragt, ob die Tabelle nicht über die ganze Abschreibungsdauer von 10 Jahren dargestellt werden sollte, anstatt auf 6 Jahre.

Zu Seite 5, Punkt 8 Schlussbemerkung des Gemeinderates, letzter Satz: Welche Fragen sind aus Sicht des Gemeinderates noch zu klären, respektive welche Fragen sind noch offen?

Präsidentin: Das Wort hat der Gemeinderat.

Peter Traber, Gemeinderat: Mit dem vorliegenden Geschäft soll die Ersatzbeschaffung für das seit 16 Jahren eingesetzte Gemeindefahrzeug Mercedes Unimog eingeleitet werden. Ich gehe nochmals auf ein paar wichtige Punkte ein.

Wie ist der heutige Zustand? Mit Blick auf die anstehende Fahrzeugprüfung im Dezember wurde das Fahrzeug auf Mängel und Schäden untersucht. Dabei ergab sich folgendes Bild: Das Chassis, die Karosserie, die Ladebrücke und das Batteriefach weisen Korrosionsschäden auf. Hier muss ersetzt oder nachgebessert werden. Die Kupplung funktioniert nicht mehr zuverlässig und müsste ebenfalls ersetzt werden. Die Kosten für Reparatur und Ersatzteile würden sich auf mehr als Fr. 30'000.00 belaufen.

Zur der Funktionalität des Unimog: Unser Modell ist nicht mehr auf dem neusten technischen Stand. Die geringe Nutzlast von 2,4 Tonnen führt während des Winterdienstes dazu, dass der Salzstreuer nur zur Hälfte gefüllt werden kann. Das verhindert, dass der Winterdienst effizient und ökologisch abgewickelt werden kann. Für den täglichen Einsatz ausserhalb des Winterdienstes ist der Unimog nur bedingt geeignet. Er hat einen hohen Einstieg in die Fahrerkabine, eine hochgelegene Ladefläche, was die Arbeitssicherheit gefährdet. Die kleine Ladefläche, der hohe Treibstoffverbrauch und die geringe Nutzlast erlauben keinen effizienten und ökologischen Betrieb. Kommt dazu, dass der laute Motor den Gesundheitsschutz gefährdet, weil er nicht den entsprechenden Bedingungen entspricht. Das neue Fahrzeug soll zielgerichtet eingesetzt werden können: beim Materialtransport, Holzhäcksel für Kinderspielflächen, Grünmaterialtransport. Aufgrund dieser Ausgangslage ist das Departement Tiefbau, Ver- und Entsorgung zum Schluss gekommen, dass die Beschaffung eines Ersatzfahrzeuges die beste Lösung ist und beantragt deshalb einen Verpflichtungskredit von Fr. 250'000.00.

Zum möglichen Ersatzfahrzeug: Bei der Ersatzbeschaffung steht ein multifunktionales Kommunalfahrzeug im Vordergrund, welches die vorgängig beschriebenen Schwachstellen nicht aufweist und die Anforderungen erfüllt. Insbesondere muss es auch für den Sommerdienst

geeignet sein, es muss Platz für den Transport von zwei Personen bieten, die Motoren sollen der Norm Euro Diesel 6 entsprechen, das ist zurzeit die umweltfreundlichste Technologie in diesem Bereich. Mit leisen Motoren, tiefem Einstieg und Ladebrücke, fest aufgebautem Kran und Chitzer-Brücke sollen die Arbeitssicherheit und der Gesundheitsschutz verbessert werden. Mit einem fest aufgebauten Kran sollen die bestehenden Bedürfnisse abgedeckt und die Arbeitsleistung verbessert werden können. Ein Fahrzeug, das winterdiensttauglich und komplett ausgerüstet ist, damit sich keine weiteren Ausgaben ergeben. Der vorhandene Salzstreuer und der Pflug müssten nicht ersetzt werden. Mögliche Beispiele eines neuen Fahrzeuges sind im Bericht ersichtlich, bei der Auswahl werden auch die Mitarbeitenden des Werkhofes einbezogen. Wir haben extra einen Bewertungsbogen entwickelt, den sie ausfüllen können und der bei der Auswahl miteinbezogen wird. Wir haben auch Alternativen geprüft.

Der Markt für die Art von Fahrzeug ist sehr beschränkt. Wir haben uns auch überlegt, ob als Ersatzfahrzeug ein Traktor infrage kommt. Dabei hat sich gezeigt, dass sich ein Traktor nicht bewährt, dies aufgrund von Erfahrungen im letzten Winter, als wegen eines Defektes am Unimog ein Traktor eingesetzt worden ist. Dazu kommt, dass wichtige Elemente für einen Sommereinsatz nicht geeignet wären. Es fehlt eine Ladebrücke, der Sitz ist zu hoch und das verhindert, dass man gut auf den Boden schauen kann, was für die Arbeit im Werkhof wichtig ist. Zudem könnte der zurzeit eingesetzte Salzstreuer nicht mehr gebraucht werden. Wir haben uns überlegt, wieder einen Unimog anzuschaffen, dieses Fahrzeug ist aber deutlich teurer und weniger geeignet. Deshalb wurde diese Variante nicht weiter verfolgt.

Ich komme zu den Fragen der GPK:

"Sind die bestehenden Salzstreuer kompatibel zu dem Fahrzeug?"

Zum Unimog gehören ein Salzstreuer und ein Pflug. Beides ist kompatibel mit dem neuen Fahrzeug.

"Gibt es noch kostenpflichtige Anpassungen, die im Budget nicht enthalten sind?"

Nein, das ist nicht der Fall.

"Welche Fragen sind aus Sicht des Gemeinderates noch zu klären, beziehungsweise, welche Fragen sind noch offen?"

Das sind Fragen, die sich in Zusammenhang mit dem Pflichtenheft ergeben und der Gemeinderat will dort namentlich über die zu berücksichtigenden Kriterien in den Ausschreibungsunterlagen in Kenntnis gesetzt werden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie dem Kredit zustimmen könnten.

Präsidentin: Nun ist das Wort offen für die Fraktionen.

Jürg Jenni, GFL: Für mich ist unbestritten, der Werkhof braucht ein neues Fahrzeug für die zentrale Schneeräumung ab dem Winter 2016/2017. Ich bin aber nicht bereit, einen unvollständigen Antrag ohne Widerworte zu unterstützen. Im Antrag steht, unser zentrales Schneeräumfahrzeug sei marode, es sei nicht mehr sinnvoll, zu reparieren. Es darf nicht einmal voll aufgefüllt mit Salz die Strassen der Gemeinde befahren. Hat der Fahrer dies nicht im Griff, hat er ein Problem mit der Polizei. Es wird von drei möglichen Varianten geschrieben, Fotos der Schäden und Fotos von möglichen neuen Fahrzeugen werden gezeigt. Es wird gesagt, dass ein Kran vorhanden ist und dass am neuen Fahrzeug ein entsprechender Kran montiert werden muss, aber nicht, dass wir bei einer Festmontage bereits wieder Fahrzeugnutzlast verlieren. Wo bleibt der Winter? Die Winterausrüstung? Gemäss Auskunft der Verwaltung werden der bisherige Salzstreuer und der bisherige Pflug umgebaut und weiterverwendet. Ist dies sinnvoll? Wenn wir den Unimog mit dem Kommunalfahrzeug vergleichen, bemerken wir die unterschiedlichen Ladeflächenhöhen, es muss also ein gröberer Umbau gemacht werden. Sonst ist ein gutes Streuverhältnis eher unwahrscheinlich.

Meiner Meinung nach ist das aber ein "Gebastel" und nicht sinnvoll. Im Budget 2016 sind für die letzte Beschaffung eines Werkhoftraktors schon Nachrüstungen aufgeführt. So wird nach kurzer Zeit die Vorderachse umgebaut, die Beleuchtung und die Blinker angepasst. Warum wurde dies nicht bereits mit dem Neufahrzeug beschafft? Ist dies eine Salomitaktik?

Ich stelle den Antrag, das Geschäft zurückzuweisen. Nicht, weil der Ersatz nicht nötig ist. Er ist nötig, aber nicht so, mit einem Freipass, nur weil es so in der Investitionsplanung steht. Der Antrag ist unvollständig und lückenhaft.

Brauchen wir so ein Fahrzeug? Können wir den Winterdienst für die grossen Strassen nicht fremd einkaufen? Wir brauchen Eines, weil wir es vielfältig einsetzen können.

Im Antrag sind konkrete Varianten aufzuzeigen: Zum Beispiel Reform, Meili, Aebi und auch eine Variante mit Traktor. Das Werkhofpersonal ist in der Lage beide Arten von Fahrzeugen zu bedienen und kennt die Problematik von Traktoren. Ich habe die Traktorvariante abgeklärt und was man damit abdecken kann. Ich kam auf ganz andere Zahlen:

Traktor 100 PS	Fr. 120'000.00
Schneeräumer (Schnutzi)	Fr. 15'000.00
Salzstreuer (neu)	Fr. 12'000.00
Frontlader (anstelle Kran)	Fr. 15'000.00
Anhänger (Kipper)	Fr. 20'000.00
Geräte zum Frontlader	<u>Fr. 10'000.00</u>

Gesamtkostenschätzung  
alles neu mit Traktor Fr. 192'000.00  
=====

Wieso rede ich von diesem Traktor? Auch andere Gemeinden haben dieselbe Problematik und setzen Traktoren ein. Wir haben dort auch keinen Kommunalzuschlag für Spezialfahrzeuge. In der Gemeinde Kirchlindach stehen zwei Traktoren in dieser Grössenordnung seit Jahrzehnten für den Winterdienst im Einsatz. In der Gemeinde Ittigen wird ein grosser Teil des Winterdienstes ebenfalls mit einem Traktor, welcher mit Schneepflug und Salzstreuer ausgerüstet ist, ausgeführt. Der Werkhof der Gemeinde Meikirch verwendet seit Jahren ihren Traktor mit Kipper und diversen Geräten während des ganzen Jahres. Die Firma Schwendimann, allen gut bekannt, mietet Traktoren mit Fahrer, Salzstreuer und Schneepflug für den Winterdienst. Die Unterhaltskosten für ein solches Fahrzeug sind auch viel günstiger.

Ich erwarte bei einem solchen Antrag auch, welche Kosten in den nächsten fünf Jahren zu erwarten sind. Denn der Salzstreuer, das ist klar, wenn wir ihn umbauen, kommt er wieder. Wenn man es von Anfang an richtig macht, muss man nicht im nächsten Jahr wieder über zusätzliche Kredite abstimmen oder der Gemeinderat muss auch nicht Sofortkredite sprechen, weil der marode Salzstreuer auf dem neuen Fahrzeug nicht mehr geht, weil er mit Umbaumassnahmen zurechtgeschustert wurde. Zumal dies ökologisch und finanziell nicht sinnvoll ist. Ich will mich nicht beim Befahren von Gemeindestrassen fragen müssen, ob vor mir Schnee liegt oder Salz aus dem defekten Streuer. Nochmals: Der Antrag ist zum Nachbessern zurückzuweisen.

Markus Hadorn, BDP: Wir von der BDP sind derselben Meinung wie Jürg Jenni. Wir unterstützen den Rückweisungsantrag und haben eine Frage zum alten Unimog. Wieviel Kilometer hat er in den letzten 16 Jahren gemacht, oder wird dies in Stunden gerechnet?

Markus Burren, SVP: Jürg Jenni spricht mir aus dem Herzen. Nun noch etwas für den Gemeinderat, der uns hier Sachen "auftischt", berndeutsch und kurz gesagt. Ein Traktor hat andere Abgasnormen als Euro, nämlich "Tier". Das gibt nicht Euro 6, sondern Tier 3 oder 4. Die Höhe des Salzstreuers, die "heruntergespielt" wurde, auch da pflichte ich Jürg Jenni bei, ver-

langt ziemlich viel Umbauarbeit. Wenn wir tiefer streuen, streut er weniger breit. So wie der Streuer heute im Einsatz ist, funktioniert er nicht optimal. Nehmt dies als Chance und weist zurück. Insbesondere, wenn gesagt wurde, die Mitarbeitenden des Werkhofs seien miteinbezogen worden und dies nicht ganz so ist. Der Leiter Werkhof wurde miteinbezogen, aber die Mitarbeiter, die mit dem Fahrzeug gearbeitet haben, wurden nicht miteinbezogen. Ich habe mit Einem letzten Winter während des Winterdiensteinsatzes gesprochen und er war sehr erfreut darüber, dass ich mich erkundigt habe, wie das alles funktioniert. Er musste damals ohne grosse Einführung sofort mit dem Traktor fahren. Wieso konnte er das? Weil der neuste Fendt, der im Einsatz ist, top ausgerüstet ist und der Ersatztraktor ist genau gleich ausgerüstet, im Handling also einfach. Die Mitarbeitenden fahren zum Teil auch hobbymässig Traktoren und zwar viel grössere, als Sie sich hier vorstellen können.

Philip Steiner, SP: Auch bei der SP haben sich diverse Fragen ergeben, die nun zum Teil erwähnt wurden. Ich möchte unterstützen und um Klärung bitten. Dass das bestehende Material fragil ist und ein Lifting braucht, ist klar. Was ist, wenn es an der Prüfung nicht besteht? Das war nicht ganz klar. Wir haben ja nicht ein Jahr Zeit. Das Fahrzeug muss flottgemacht werden innert Kürze. Zweitens bitten wir um eine genauere Auflistung der Aufgaben dieses Fahrzeuges. Winterarbeit mit Salzstreuung und Schneeräumung wurde erwähnt, auf der anderen Seite gewisse Transportaufgaben. Das sind verschiedene Arbeitsgebiete, welche vielleicht Alternativen zulassen. Ob man sich eventuell eine Einmiete von Kapazitäten oder von Fahrzeugen vorstellen kann. Und nur die Anschaffung eines spezifischen Sommerfahrzeuges oder umgekehrt. Wir bitten darum, dass der Antrag freiwillig zurückgezogen wird und uns dann mit den entsprechenden Spezifikationen vorgelegt wird.

Markus Burren, SVP: Wegen der Frage der Fahrzeugprüfung: Ordnungsgemäss muss man so ein älteres Fahrzeug alle zwei Jahre prüfen. Aber manchmal ist das Strassenverkehrsamt nicht ganz "nahe" und es kann bis zu drei Jahre dauern. Man kann aber auch den Termin zwei Monate hinausschieben und später wird ein Verschieben kostenpflichtig oder Sie können nachweisen, ein neues Fahrzeug bestellt zu haben und dann ist noch mehr Zeit, das ist alles kein Problem.

Markus Bacher, FDP: Vieles haben wir schon gehört. Wir haben einen anderen Ansatz gewählt. Denn; was heisst "Rückweisung"? Kommt etwas Besseres? Wir wissen nicht, was wir für das Geld bekommen. Statt zu verhindern und das Gesamte zurückzuweisen, kürzen wir den Antrag auf Fr. 200'000.00, das ergibt eine klare Finanzvorgabe. Dieses Geld steht zur Verfügung und dafür muss etwas gekauft werden, was wirklich gebraucht wird. Die FDP stellt den Antrag, den Betrag entsprechend zu kürzen, so dass das Geschäft weitergeführt werden kann. Wie wir gehört haben, gibt es im Werkhof Spezialisten, die mit diesem Budgetrahmen sicher das Richtige beschaffen werden. Nicht, dass in einer nächsten Debatte darüber diskutieren, ob bei der 300'000er-Variante der Kran am richtigen Ort ist und der Salzstreuer grün und nicht gelb sein soll.

Markus Burren, SVP: Mit diesem Vorschlag wird ein Entscheid vorweggenommen. Ich würde sonst auch gern dem entsprechen. Aber ehrlicherweise kann ich das jetzt nicht. Die 50'000 Franken würden fehlen, der Kran würde vielleicht nicht gemacht. Das Auto würde gekauft, ein Meili, den man schon mal hatte und alle darob die Hände verrührt hatten, mit dem musste man bis nach Zürich in den Service. Ich würde sagen "Geschäft zurück an den Absender". Die Werkhofmitarbeiter sollten auswählen können. Zudem soll aufgezeigt werden, was wieviel kostet, damit dies den Werkhofmännern aufgezeigt werden kann. Es ist mir sehr sehr wichtig, dass die Mitarbeiter dies wissen und dann entscheiden können, sonst ist es ein "Bürotiger".

Präsidentin: Gibt es noch weitere Voten? Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Philip Steiner, SP: Hier möchte ich beipflichten. Insbesondere die Personen, die das Fahrzeug dann auch tatsächlich gebrauchen, müssen mit den Spezifikationen leben können.

Aber wir sind ja nicht einmal überzeugt, ob es überhaupt ein Fahrzeug braucht. Wir verstehen auch nicht, wieso eine weitere Reparatur ausgeschlossen ist. Sie kostet Fr. 30'000.00. Wieso ist das nicht möglich, es ging ja in den letzten Jahren auch. Man stürzt sich jetzt einfach auf den Kauf und das finde ich nicht richtig.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Zum Antrag FDP. Hier wurde kritisiert, in der Vorlage würden Informationen fehlen, man müsse Alternativen aufzeigen, Einsatzkonzepte und so weiter. Dem kann man so zustimmen. Eine Rückweisung gibt die Möglichkeit, das zu verbessern. Aber eine Kürzung auf Fr. 200'000.00, einfach so locker, ist jetzt alles andere als seriös. Mit diesem Antrag wird die Vorlage nicht besser. Weisen Sie diesen FDP-Antrag zurück.

Hans-Jörg Rothenbühler, BDP: Ich bin zwar Banker, aber in einer Autofamilie aufgewachsen, in einem Autobetrieb. Sie können in ein Auto an einem Tag Fr. 3'000.00 investieren, am anderen Tag fällt der Auspuff ab. Lieber kein Geld mehr investieren. Für so ein Auto bekommt man sicher mehr als Fr. 5'000.00, den kann man irgendwo nach Rumänien in die Karpaten verkaufen.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat noch äussern?

Peter Traber, Gemeinderat: Besten Dank für die Rückmeldungen. Mich freut, dass der Ersatzbedarf, so wie ich das jetzt herausgespürt habe, unbestritten ist. Auf einen Punkt gehe ich speziell ein: Es ist tatsächlich so, die Mitarbeiter sollen einbezogen werden, das ist eingeplant. Es wird ein entsprechendes Formular, also eine Bewertungsgrundlage geben, die der Mitarbeiter ausfüllen kann. Das ist bereits vorbereitet.

Die Frage von Markus Hadorn bezüglich des Kilometerstandes des Fahrzeuges, beziehungsweise, wie viele Stunden es im Einsatz war, kann ich so nicht beantworten. Ich werde das abklären.

Bezüglich Aufgaben, wieso man ein Ersatzfahrzeug haben müsste, habe ich Philip bereits zu Beginn erklärt. Es geht nicht nur um Winterdienst, sondern auch um Erweiterung der Funktionalität und dort ist es wichtig, dass ein neues Fahrzeug vom vorgeschlagenen Typ beschafft wird. Es würde uns freuen, wenn Sie dem Antrag, so wie er vorliegt zustimmen könnten.

Präsidentin: Wir bereinigen den Antrag. Das heisst, wir stimmen über den Antrag FDP ab. Wer den Kredit für den Ersatz des Fahrzeuges Unimog von Fr. 250'000.00 auf Fr. 200'000.00 kürzen will, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.**

Bruno Vanoni, GFL: Es tut mir leid, wir haben bereits letztes Mal über das Wahrnehmen der Stimmen diskutiert. Im Ratsreglement steht, dass wenn die Stimmen gezählt werden, muss das Ergebnis im Protokoll festgehalten werden. Nun haben die Stimmzähler gezählt, dann gehören die Zahlen gesagt und im Protokoll festgehalten. Wir haben es den ganzen Abend anders praktiziert, aber ich wollte diese Bestimmung in Erinnerung rufen.

Präsidentin: Dann müssen wir die Abstimmung wiederholen, wir haben gezählt, es ist aber nicht aufgegangen.

Markus Burren, SVP: In der Geschäftsordnung, Artikel 47, Absatz 2 steht, wie bei Abstimmungen vorzugehen ist, wir müssen Enthaltungen gar nicht zählen. Wieso muss das jetzt sein?

Präsidentin: Wer dem FDP-Antrag zustimmen will, zeige das mit Handerheben.

### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 28 Nein- zu 6 Ja-Stimmen abgelehnt.**

Präsidentin: Weiter liegt ein Rückweisungsantrag der GFL vor. Es geht darum, dass konkretere Varianten, unter anderem auch der Traktor, enthalten sind und die Folgekosten. Wer dem Rückweisungsantrag zustimmen will, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**Der Rückweisungsantrag wird mit 32 Ja- zu 1 Nein-Stimme gutgeheissen.**

Philip Steiner, SP: Ich möchte eine persönliche Bemerkung machen. Ich finde die Berichterstattung im letzten MZ unglücklich. Dort wird kommuniziert, es werde ein neues Kommunalfahrzeug für den Werkhof angeschafft. In dieser Detaillierung ist es, insbesondere nach der heutigen Rückweisung, verfrüht. "Das Fahrzeug ist wendig, verfügt über einen modernen Dieselmotor und entspricht den Euro 6 Dieselvorschriften" steht im MZ. Und wenn dann auch noch geschrieben steht, dass über das Geschäft erst noch beraten werden muss, finde ich das nicht sehr klug.

Präsidentin: Das nehmen wir so entgegen.

---

57 1.92.1 Motionen

### **Überparteiliche Motion SP/FDP betreffend "Zusätzliche Kita-Plätze in Zollikofen"; Erheblicherklärung**

Präsidentin: Der Bericht des Gemeinderates liegt vor, es geht um die Erheblicherklärung. Das Wort haben die Motionäre.

Markus Bacher, FDP: Ich nehme die Antwort wohlwollend zur Kenntnis. Wir hatten Glück, im Mai haben wir gefragt und im August hat jemand das Business entdeckt, dass man private Plätze öffnen kann. Das wäre vielleicht auch eine Chance für die Gemeinde gewesen. Wir hoffen nun, dass es bei denen, die nun neu eröffnen, prosperiert. Ich stimme zu, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.

Markus Dietiker, SP: Die SP stimmt der Umwandlung in ein Postulat ebenfalls zu. Schade, dass hier kein Zeichen gesetzt wurde. Wir wissen aber alle, dass es in Zollikofen zu wenig Kita-Plätze hat und die Wartefrist von zwei Jahren ist sehr lang, wenn man darauf wartet. Der Standortfaktor in Zollikofen ist ebenfalls nicht zu vernachlässigen. Es ist vor allem wichtig für junge Ehepaare und das sind gute Steuerzahler.

Mit der Annahme der Initiative im Februar 2014 haben alle gesagt, dass die einheimischen Arbeitsplätze gefördert werden sollen. Dass Mann und Frau ermöglicht werden soll, zu arbeiten. Aus diesen Gründen hätten wir es begrüsst, wenn der Gemeinderat hier ein Zeichen mit der Annahme der Motion gesetzt hätte.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Der Gemeinderat steht dem Anliegen grundsätzlich positiv gegenüber. Dies geht unter anderem aus dem Umsetzungsprogramm 2016 – 2020 hervor, wo für das Jahr 2016 vorgesehen ist, den Angebotsausbau Kita und die Suche nach Räumlichkeiten zu unterstützen.

Weshalb lehnt der Gemeinderat jedoch die verbindliche Form einer Motion ab? Aus formeller Sicht gilt es zu beachten, dass der Ausbau von subventionierten Plätzen nicht alleinige Sache der Gemeinde ist. Hier handelt es sich um eine Verbundaufgabe mit dem Kanton. Das heisst, wir sind davon abhängig, ob der Kanton eine weitere Erhöhung subventionierter Plätze für Zollikofen überhaupt zulässt. Somit liegt dieser Entscheid also nicht einzig im Einflussbereich der Gemeinde. Ein verbindlicher Auftrag mittels Motion wäre somit schwierig umzusetzen.

Aus inhaltlicher Sicht des Motionstextes gilt es zu berücksichtigen, dass eine Erhöhung von privaten Kita-Plätzen zum heutigen Zeitpunkt nicht nötig ist. Seit dem Einreichdatum der Motion im Mai 2015 hat sich die Situation diesbezüglich verändert. Im August 2015 wurde an der Kirchlindachstrasse 2 eine privat geführte Kindertagesstätte mit 24 bewilligten Plätzen eröffnet. Damit ist der Bedarf an privaten Plätzen nach Ansicht des Gemeinderates zurzeit abgedeckt.

Kurz: Eine verpflichtende Form der Motion lehnt der Gemeinderat ab. Der Gemeinderat ist jedoch bezüglich subventionierter Plätze bereit, den Angebotsausbau zu prüfen und kann dem Vorstoss in Postulatsform im Sinne eines Prüfauftrages zustimmen.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen aus dem Rat?

Peter Bähler, SVP: Die SVP-Fraktion hat an ihrer Sitzung die Motion eingehend besprochen. Sie kann den Ausführungen des Gemeinderates folgen. Die Angebote der Öffentlichkeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind unbestritten und in Zollikofen bestehen diese Angebote. Bei den privaten Plätzen besteht sogar ein Überangebot.

Die subventionierten Plätze sind eine Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinde. Es ist eine Zusage der Gesundheits- und Fürsorgedirektion nötig. Diese Anzahl Plätze wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht und zwar ohne Motion oder Postulat. Die Motion würde nicht in die Zuständigkeit des GGR fallen und wäre daher höchstens eine Richtlinienmotion.

Auch ein Postulat lehnt die SVP ab. Es belastet nur die Verwaltung und wird dann jahrelang im Verwaltungsbericht erwähnt, obwohl wir eigentlich nichts beitragen können. Zudem sagt der Gemeinderat in seiner Antwort, dass er sich der Sache annimmt. Unter Ziffer 4.7.1.1. ist im Politikplan die entsprechende Tätigkeit für 2016 geplant. Die SVP stellt fest, dass das Postulat nichts mehr zur Lösung beitragen kann.

Es gibt heute schon ein Überangebot an privaten Kita-Plätzen in Zollikofen. Der Grosse Rat des Kantons Bern hat zudem die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung massiv erhöht von heute Fr. 3'100.00 auf Fr. 8'000.00 pro Kind. Diese Ansätze gelten bereits ab nächstem Jahr. Da müsste sich die Kantonsregierung überlegen, ob nicht unter diesem Aspekt der Sozialtarif korrigiert werden müsste. In der Berner Zeitung vom 2. Oktober 2015 stand denn auch "Kita-Eltern profitieren mehrfach". Von Subventionitis und Steuervergünstigung. Die SVP bittet Euch, sowohl Motion als auch Postulat abzulehnen.

Dubravka Lastric, GFL: Aus dem Budget 2016 und Politikplan 2016 - 2020 geht hervor, dass die Gefahr, ich zitiere Bericht und Antrag 2016 bis 2020, Seite 2: "...einer zunehmenden Neuverschuldung bestehen bleibt".

Aus diesem Grund ist es für uns klar: Wenn wir für junge, lohnstarke Familien die neu geplanten Quartiere der Gemeinde attraktiv machen möchten, müssen wir gewisse Kriterien berücksichtigen, die für die Zukunftsplanung der Zielgruppe relevant sind. Dies beinhaltet vor allem die Tagesbetreuung der Kinder, denn sie ist ein mitentscheidendes Kriterium für die Wohnungssuche zukünftiger, potentieller Steuerzahler.

Darum unterstützen wir die entsprechenden Bemühungen zur Schaffung weiterer Plätze für die Tagesbetreuung von Kindern in Zollikofen und stimmen dem Postulat zu.

Präsidentin: Wir stimmen über die Erheblicherklärung des Postulates betreffend zusätzliche Kita-Plätze in Zollikofen ab. Wer zustimmen will, erhebe die Hand.

### **Abstimmung**

**Das Postulat wird mit 19 Nein- zu 17 Ja-Stimmen nicht erheblich erklärt.**

---

58 1.92. Parlamentarische Vorstösse

### **Parlamentarische Vorstösse**

Präsidentin: Es sind keine Eingänge zu verzeichnen.

---

Präsidentin: Damit sind wir am Ende dieser Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung findet am 25. November statt. Wegen des anschliessenden Jahresschluss-Essens beginnt die Sitzung bereits um 18.00 Uhr. Wir versuchen, die Traktandenliste nicht allzu lang zu gestalten.

Wir verabschieden uns nun von Roland Gatschet, Gemeindeschreiber. Er hatte heute seine letzte Sitzung und ich durfte sie neben ihm verbringen. Gibt es jemand hier, der länger im Rat sitzt als du (*Anmerkung der Protokollführerin: Roland Gatschet war 26 Jahre im Amt*)? Du hast schon so viele Sitzungen hier verbracht, dass ich glaube, dass sie dir fehlen werden. Du darfst aber selbstverständlich jederzeit als Gast kommen. Wir lassen dich aber nicht mit leeren Händen gehen (*Gatschet erhält Blumen und Wein, warmer Applaus*). Ganz herzlichen Dank für die Unterstützung.

Roland Gatschet, Gemeindeschreiber: Danke vielmals und "Tschou zäme, es anders Mal!"

Präsidentin: Wir wären froh, wenn die Mitglieder des Ratsbüros nach vorne kommen könnten, wegen der morgigen Sitzung. Ich danke allen für das disziplinierte Verhalten und wünsche eine erholsame Nacht.